November / Dezember 2012

Alhambra Zeitung & Programm

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: L. Meier

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
4. Dezember 2012

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

soziale kämpfe
Bis in den letzten Winkel 7

antifaschismus
antifa.elf stellt sich vor 8

recht auf stadt
statt entwicklung stau 10
Die Integrationsmaschine 12
Reclaim the city 15

antimilitarismus
Der Feind steht Innen 18

internationalismus
Die AKP-Diktatur und die kurdische Frage 20

antirassismus
Auf der Flucht und in der Offensive 24
Marsch ohne Manager 28

Ankündigungen 33

Editorial

Das Wetter wird schlechter; der Regen wird kälter... Bonjour tristesse, sagen wir da nur.

Mit der Wagenburgdemo am 6. Oktober erwischten wir vielleicht einen der letzten schönen Herbsttage und zogen mit rund 200 Leuten, einem Anhänger voller Kinder und 14 Wägen um die Innenstadt. Neben einem Hupkonzert auf dem Schlossplatz, einer Pyroeinlage des Kollektiv Leeranstalt, schick eingekleideten Schaufensterpuppen und in der Innenstadt platzierten Miniaturwägelchen gab es einen ordentlichen Stau und einen „Gruß“ an Dirk Onnens Büro: „Wie gewonnen, so zer-onnen!! Stau bleibt Risikokapital“.

Einen Redebeitrag zur aktuellen Situation findet ihr ab Seite 10.

Auch der Punk-A-Platz kämpft gerade darum zu bleiben und nicht einem Wendehafen weichen zu müssen. Wir freuen uns jedes Mal, wenn wir die immer wieder auftauchenden Transpis und Aufkleber in der Stadt sehen! Punk-A-Platz, Haus Friedensbruch und Wagenburg bleiben, und damit basta! Leeranstalt kommt!

Besonders haben wir uns über die Einreichung eines Positionspapier der Gruppe antifa.elf gefreut (Seite 8). Nicht nur, dass wir das Positionspapier inhaltlich super finden – generell finden wir es großartig, wenn Polit-Gruppen mit ihren Diskussionen und Positionen aus ihren Bezugsgruppen heraustreten und uns alle (natürlich nur soweit dies Sinn macht) daran teil haben lassen. Vielleicht motiviert das ja den einen oder anderen Zusammenhang aus Oldenburg und Umgebung auch ihre Positionen, Ideen, etc. öffentlich zu machen und so mit mehr Leuten in Diskussionen über Ziele, Ideen und Projekte emanzipatorischer Politik zu kommen. Wir wollen gerne Plattform solcher Diskussionen sein.

Seit Monaten eskaliert die türkische Regierung nun schon die Situation in Kurdistan. Erschreckenderweise wird das in Deutschland kaum wahrgenommen. Wir haben einen Text gefunden, der die Rolle der AKP (türkische Regierungspartei) und ihre Strategie, die Situation militärisch zu eskalieren, beleuchtet (Seiten 20-23). Uns sei noch ein kleiner Hinweis zum Text erlaubt: Nicht überall hat das Wort „Volk“ die selbe Bedeutung und Aufladung wie in Deutschland – legt daher den Text vielleicht nicht gleich weg, wenn von „Volksvertreter“ oder anderem gesprochen wird, sondern schaut euch auch die angegebenen Links an und versucht nachzuvollziehen was damit gemeint ist.

Wir haben zwei Texte zum „Refugee Protest March“ (Seiten 24-32) gefunden. Seit einem halben Jahr weiten sich die mittlerweile größten selbstorganisierten Flüchtlingskämpfe in Deutschland immer weiter aus. In Berlin hatten sie am zweiten Oktoberwochenende mit einer mehr als 6000 Teilnehmer_innen starken Demo ihren vorläufigen Höhepunkt. Was für ein großer, kraftvoller, entschlossener und langanhaltender Protest! Wir wünschen euch alles Gute und einen langen Atem! Aktuelle Infos findet ihr unter: refugeetentaction.net.

Auch wenn wir mit so viel Tristesse in die Ausgabe gestartet sind, haben uns die Ideen, Kämpfe und Diskussionen in den einzelnen Texten das Herz gewärmt. Ihr habt die einmalige Chance unser Glück vollkommen zu machen – schickt uns Schokolade und Texte!

Eure Alhambra-Redaktion

Prozess gegen angebliche RZ-Mitglieder hat begommen

Frankfurt Seit dem 21. September wird vor dem OLG Frankfurt gegen Sonja und Christian verhandelt. Das Gericht zielt klar auf die Verurteilung beider ab. Sonja und Christian waren im September 2011 nach Deutschland ausgeliefert worden, da ihnen die Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen (RZ) sowie die Beteiligung an Brandanschlägen vorgeworfen wird. Beide waren Ende der 1970er nach Frankreich geflohen wo sie bis 2 000 untergetaucht waren. Seitdem liefen mehrere Versuche beide auszuliefern. Christian ist mittlerweile aus der U-Haft entlassen, Sonja sitzt immer noch im Knast.

Das OLG will die Aussagen Hermann Feilings, die unter folterähnlichen Zuständen gewonnen wurden, nutzen. Hermann Feiling explodierte am 23. Juni 1978 ein Sprengsatz auf dem Schoß, der eigentlich als Protest gegen die Folterherrschaft der damaligen Militärjunta am argentinischen Konsulat in München hochgehen sollte. Hermann verlor beide Augen und seine Beine. Im Krankenhaus wurde er sofort polizeilich bewacht, um jeglichen Kontakt mit Freund_innen und Bekannten auszuschließen. Abgesehen vom Klinikpersonal war er ausschließlich von Staatsschützer_innen, Staatsanwält_innen und einem Richter umgeben. Sie waren Bewacher_innen, Ermittler_innen, Pfleger_innen und „soziales Umfeld" in einem. Sie wollten die Gunst der Stunde nutzen, um „in die Revolutionären Zellen einzudringen", wie es Generalbundesanwalt Kurt Rebmann in einer Pressekonferenz am 4. Juli 1978 formulierte.

Um zu belegen, dass Hermann nach heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen damals massiv traumatisiert und damit in seiner Willens- und somit Aussagefreiheit beschränkt gewesen war, sollte ein Sachverständiger für Traumaforschung bestellt werden. Dies lehnte das Gericht ab.

Stattdessen soll die Aussagefähigkeit belegt werden, indem die 30 Jahre alten subjektiven Eindrücke gerade derjenigen seitenweise verlesen werden, welche seinen Zustand monatelang aufrecht erhalten haben. So wurden die Eindrücke des ehemaligen Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof Kuhn aus dem Jahre 1978 verlesen. Darin beschreibt er die Verhörsituation des schwer traumatisierten Hermann als „überraschend angenehm".

Damit macht das OLG Frankfurt wieder einmal deutlich, dass die BRD auch Jahrzehnte nach den Aktionen der RZ noch immer Rache an angeblich beteiligten Menschen nehmen will – die Botschaft soll sein: Menschen, die sich für ein ganz anderes Ganzes einsetzen, werden lebenslang verfolgt.

Freiheit und Glück für Sonja und Christian!

Aktuelle Infos: vedammtlangquer.org

Enter_the_Gap-Demo

Hamburg Nach eingängiger Kritik am Label „Slutwalk" entschieden sich die Organisator*innen aus Hamburg sich dieses Jahr in „enter_ the_ gap" umzubenennen. Hintergrund war unter anderem ein offener Brief von Black Women in den USA, in diesem wird kritisiert dass die positive Neubesetzung des Begriffs ‚slut' im US-amerikanischen Kontext nur für weiße Frauen funktioniert. Da, durch Erfahrungen im Kolonialismus und durch das von Sklaverei entstandene Bild von Schwarzer weiblicher Sexualität, Schwarze Frauen einen anderen Bezug zum Wort ‚slut' als weiße Frauen haben.

Das Bündnis schreibt hier zu „Wir möchten durch unser Verhalten einen Raum schaffen, in dem viele Perspektiven vertreten sein können. Wir möchten nicht, dass sich Einzelpersonen unwohl fühlen müssen, sei es durch Zuschreiben einer Stellvertreter*innen-Position oder durch Hierarchisierung von Perspektiven. Wir wollen versuchen, Sexismus nicht ohne andere Herrschaftsmechanismen zu denken."

Deshalb versammelten sich am 8. September unter neuem Namen und dem Motto „Gegen Sexismus und Verharmlosung von sexualisierter Gewalt! Für einen offenen Umgang mit Sexualität und Geschlecht!" Rund 300 Demonstrant_innen zur Startkundgebung beim

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Hauptbahnhof. Nach dem Redebeitrag vom enter_the_gap!-Bündnis auf verschiedenen Sprachen ging es los: Angeführt von einem kraftvollen und lauten FLT*I*-Block verließ die Demonstration den Startkundgebungsort Richtung Innenstadt. Besonders der FLT*I*-Block zog hierbei durch lautstarke Parolen wie ‚alerta, alerta – antisexista!' große Aufmerksamkeit von Passant_innen auf sich: Inhalte wurden jedoch nicht nur durch Parolen, sondern auch durch viele Transparente wie ‚Für ein queeres Wunderland!' oder ‚Egal, wie viel Stoff ich trage – nein heißt nein!' und eine fahrende Ausstellung der Ergebnisse eines Workshops zu Schönheitsnormen aus der enter_the_gap!-Aktionswoche vermittelt. Auf der weiteren Route entlang des Valentinskamps erwartete die Demoteilnehmer_innen noch eine Soli-Aktion: Von den Dächern des Gängeviertels wurde Solidarität mit Pussy Riot gezeigt – Konfetti flog, Rauch wurde gezündet und Personen mit bunten Hassis entrollten ein ‚Free Pussy Riot!'-Transparent.

Aktionstag gegen das rassistische Gutscheinsystem

Oldenburg Am Samstag, den 22. September hat das Gutscheinbündnis in der Oldenburger Innenstadt einen Informations- und Aktionsstand zum Thema „Einkaufen mit Wertmarken" durchgeführt. Eine kleine Ausstellung gab einen Überblick über das Wertmarkensystem in Niedersachsen, bei dem den Flüchtlingen die ihnen zustehende Sozialhilfe statt in bar nur in Form von sog. „Gutscheinen" ausgezahlt wird. Mit diesen soll dann eingekauft werden, was jedoch in vielen Geschäften nicht möglich ist. Auch wenn zwar alle Geschäfte nach dem Willen des Oberbürgermeisters Schwandner die Gutscheine annehmen sollen, fühlen sich viele entweder nicht informiert oder halten den Umtausch für so aufwendig, dass sie lieber gleich ablehnen. Am Stand des Bündnisses konnte der angebotene Kaffee und Kuchen von den zahlreichen Interessierten dann wiederum nur mit Gutscheinen erworben werden, was bei vielen Besucher_innen zunächst für kleine Irritationen sorgte. Wer sein Bargeld dann gegen Gutscheine eintauschte, konnte dann doch teilhaben an den vielen Leckereien. Den ganzen Tag über wurden sehr erfolgreich Unterschriften gesammelt für eine Petition zur Abschaffung des Gutscheinsystems, die am 29. November dem Landtag übergeben wird. Wer noch unterschreiben möchte, kann dies noch tun unter: www.solitausch.org.

Ganz überraschende Erfolge konnten die Aktionen verzeichnen, die in den Geschäften durchgeführt wurden. In kleinen Gruppen wurden Läden aufgesucht, von denen viele Flüchtlinge berichten, dass sie sich schwer tun bei der Akzeptanz ihrer Zahlungsmittel. So geben manche Geschäfte kein Wechselgeld heraus oder verweigern bestimmte Waren in der Annahme, diese hätten Flüchtlinge nicht zu kaufen. Unter dem Druck einer Gruppe, die lautstark ihr Recht verlangte, gaben die Klügeren nach und akzeptierten die Wertmarken wenigstens so, wie die Stadt das den Kaufleuten nahelegt (z.B. Wechselgeld bis 30%). Bei der VWG konnten die Einzelfahrscheine mit Wertmarken bezahlt werden, was die Aktionsgruppe dann doch überraschte, die sich nicht darauf eingestellt hatte, jetzt tatsächlich erst mal eine Runde Bus zu fahren. Also: unbedingt weiter ausprobieren, ob das Busfahren mit Gutscheinen auch weiterhin gilt! Auch akzeptierten zwei Apotheken die Wertmarken, was bis dahin noch nicht vorgekommen ist. Wer also jetzt eine Liste der Geschäfte braucht, die z.Zt. die Gutscheine akzeptieren, kann diese immer im Infoladen roter strumpf bekommen.

Schmierige Geschäfte mit Palmöl

Brake Am 17. September haben 25-30 Mitglieder der Umwelt- und Naturschutzorganisation Robin Wood vor den Toren der Palmöl-Raffinerie von Wilmar in Brake (Landkreis Wesermarsch) demonstriert. Über die Zufahrt zur Raffinerie spannten sie ein Transparent mit den Worten: »Wilmar – Raffinierte Zerstörung und Vertreibung – Kein Palmöl aus Raubbau«. Außerdem ketteten sich fünf Aktivist_innen an zwei Betonpyramiden an und weitere Menschen kletterten in dort aufgestellte, ca. 6 Meter

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

hohe Dreibeiner aus Gerüststangen. LKWs konnten aufgrund der Demonstration ab 9.30 Uhr das Werk weder erreichen noch verlassen, die Auslieferung des Palmöls wurde dadurch verzögert. Trotz Gesprächsbereitschaft seitens der Robin Wood-Aktivist_innen schien kein Kompromiss mit der Leitung von Wilmar zustande gekommen zu sein, der die Aktivist_innen zum Abbruch der Aktion gebracht hätte. So harrten sie gut gelaunt und versorgt der Dinge und warteten auf ein Einlenken des Konzerns, welches anscheinend nicht kam.

Obwohl die Demonstration friedlich verlief, vergab die Polizei massiv Platzverweise. Gegen 13.30 Uhr begann ein SEK-Team mit Hilfe eines Gabelstaplers (!) die Menschen aus den Dreibeinern zu »befreien«. Nachdem diese abgebaut waren, scheiterte die Polizei jedoch an der Entfernung der Betonpyramiden, sodass die Robin Wood-Aktivist_innen sich gegen 16.00 Uhr selbst zurückzogen.

Die Aktivist_innen wollten damit gegen den »Landraub und die Zerstörung des Regenwaldes«, welcher von Wilmar vor allem in Indonesien begangen wird, demonstrieren. Sie fordern den Konzern auf »kein Palmöl aus Raubbau einzusetzen, die Expansion von Palmöl-Plantagen zu stoppen und Landkonflikte zugunsten der lokalen Bevölkerung zu lösen«.

Palmöl wird hierzulande als billiges Speisefett in fast jedem zweiten Supermarktprodukt wie z.B. Margarine, Tütensuppe oder Eiscreme eingesetzt . Um den immensen Bedarf zu stillen, wurden laut einer Sprecherin von Robin Wood z.B. in Indonesien massiv Regenwälder gerodet, um dort Ölpalmen anzubauen. Wilmar ist laut Robin Wood der größte Palmöl-Händler der Welt und betreibt allein in Indonesien 180 000 Hektar Plantagen, größtenteils auf Flächen ehemaligen Tropenwaldes. In Zentral-Kalimantan wurde Wilmar im Oktober 2010 von der Umweltschutzorganisation »Save our Borneo« in flagranti beim Roden erwischt. Die lokale Bevölkerung wird dabei enteignet und vertrieben. Die Zerstörung des Waldes und die Ersetzung durch Monokulturen entzieht ihnen die Lebensgrundlage.

[regentied]

Prozess gegen kurdischen Aktivisten

Hamburg Etwa ein Jahr nach seiner Verhaftung hat am 13. August 2012 der Prozess gegen den 47-jährigen kurdischen Aktivisten Ali Ihsan Kitay begonnen. Das Oberlandesgericht (OLG) Hamburg prüft seitdem, ob eine Verurteilung nach §129b StGB „Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ möglich ist. Nach Auffassung des Generalbundesanwalts soll Ali Ihsan seit Mai 2007 als Kader der in Deutschland und der Türkei verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK) in den Regionen Hamburg, Kiel, Bremen und Oldenburg aktiv gewesen sein. Er soll Veranstaltungen und Demonstrationen für eine Demokratisierung der Türkei und eine Beendigung des Krieges in den kurdischen Gebieten, sowie die Sammlung von Spenden für die kurdische Freiheitsbewegung organisiert haben. Sonstige „Straftaten“ werden ihm in Deutschland nicht vorgeworfen.

Der kurdische Politiker saß bereits 20 Jahre in der Türkei im Gefängnis und wurde dort mehrfach schwer gefoltert. Um ihn vor einer weiteren Haftstrafe zu bewahren, hat sich eine Solidaritätsgruppe gegründet, welche den Prozess in Hamburg kritisch begleitet und eine Gegenöffentlichkeit zu dem – auch in der Linken – kaum beachteten Verfahren schaffen will. Der Prozess soll voraussichtlich bis Ende Dezember gehen. Doch nicht nur in Hamburg wird gegen kurdische Aktivist_innen mobil gemacht und deren Protest kriminalisiert: Am 13. September beginnt in Stuttgart am OLG das Verfahren gegen Ridvan Ö. und Mehmet A. nach § 129b StGB.

Zeigt euch solidarisch!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Kein Asyl für Transidente

Dänemark „Kein Asylgrund“ – mit dieser Rechtfertigung soll die Transfrau Fern-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

anda Milan aus Dänemark abgeschoben werden. Milan stammt aus Guatemala und floh aufgrund der allgegenwärtigen Transphobie im Land nach Dänemark. Dort angekommen war ihr Leidensweg aber noch lange nicht beendet. Milan wurde von den Behörden in einem Auffanglager für Männer untergebracht. Dort war sie wiederholt sexualisierter Gewalt ausgesetzt und musste sich zwangsweise einer Hormonbehandlung unterziehen. „Ich hatte wirklich Angst. Ich kam aus einem anderen Land, war ganz neu hier. Aber ich habe nichts gesagt, weil ich Hoffnungen in Dänemark gesetzt hatte“, so Milan gegenüber „Pink News“. Sie floh schließlich aus dem Lager und wurde nach einer Polizeirazzia erneut festgenommen. Diese wollen Milan nun abschieben, da Dänemark, wie auch Irland und Großbritannien im Gegensatz zu anderen Staaten der Europäischen Union, Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität nicht als Asylgrund anerkennen. In Guatemala sind Übergriffe auf LGBTs weit verbreitet. Allein 2005 wurden mindestens 13 Transfrauen und Schwule getötet. Bereits 2006 forderte Human Rights Watch die guatemaltekische Regierung auf, der wachsenden Gewalt gegen Homosexuelle und Transpersonen Einhalt zu gebieten. In Kopenhagen setzt sich nun die „T-Lounge Society“ für Fernanda Milan ein. Im August wurde gegen Milans Abschiebung nach Guatemala demonstriert.

aus: an.schläge

Proteste gegen MOX-Transport

Sellafield, Nordenham, Grohnde Begleitet von Protesten hat der Transport von radioaktiven Brennelementen am Morgen des 24. September das AKW Grohnde erreicht. Die Mischoxid-Brennelemente (MOX) aus dem britischen Sellafield waren am Tag zuvor mit dem Atomfrachtschiff Atlantic Osprey in Nordenham eingetroffen. Von dort gingen die Brennelemente per LKW in das AKW bei Hameln.

Der zweite Transport ist im November geplant. Aktivist_innen rechnen mit dem zweiten Wochenende, der Transport wird wahrscheinlich die selbe Strecke nehmen, wie der vorherige.

Zum Auftakt für den Widerstand gegen den zweiten Transport wird für den 3. November zum Aktionstag mobilisiert.

Es kommt Unruh auf...

Bremen Am 12. Oktober versuchten Aktivist*innen in Bremen die ehemalige Spedition Unruh am Neustadtsgüterbahnhof zu besetzen. Dabei ging es von Anfang an nicht in erster Linie um das Schaffen eines konkreten, nutzbaren Raumes für widerständige Strukturen. Es ging darum, einen politischen Konflikt um die Verteilung von Eigentum und den damit verbundenen Ungleichheiten öffentlich sichtbar zu machen.

Gegen 18 Uhr versammelten sich Menschen vor dem Gebäude. Leider auch schon mit einbegriffen die Bullen, die mit Ingewahrsamnahme und Hundstaffel drohten.

Trotzdem gelang es einigen Personen innerhalb der folgenden halben Stunde in das Haus zu gelangen und dort in den folgenden fünf Stunden durch ihr Verweilen und den Kampf um die Selbstermächtigung des Raumes, Aufmerksamkeit für (Wohn)-Raumpolitik und Eigentumsverteilung zu schaffen.

Der staatlichen Gewalt (Wasserwerfer, Räumpanzer, SEK) wurde aktive Gegenwehr entgegen gesetzt (Steine). Von ca. 100 Personen wurden 51 in Gewahrsam genommen. Die Vorwürfe gehen von Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Vollstreckungsbeamten bis Gefangenenbefreiung.

Nach der einseitigen Pressedarstellung ist es den Aktivist*innen wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Auseinandersetzungen sich räumlich auf das Gelände zwischen der Hochstraße und den Bahngleisen beschränkten, und erst nach der Sperrung des Zugverkehrs Steine auf die Gleise geflogen sind.

Aktuelle Infos unter: unruhsquat.blogsport.de.

20 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen

Rostock Am 25. August, startete die Veranstaltungen zum Gedenken des 20. Jahrestags des rassistischen Pogroms in Rostock-Lichtenhagen mit einer Kund-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

gebung „das Problem heißt Rassismus“ in der Rostocker Innnenstadt mit 2000 Teilnehmer_innen. Am Nachmittag setzte sich von Lütten-Klein aus ein starker und bunter Demonstrationszug mit etwa 6 500 Teilnehmer_innen in Bewegung. Auf zahlreichen Transparenten wurden Rassismus und Nationalismus kritisiert und „Grenzenlose Solidarität“ gefordert. Mit vielen Redebeiträgen auf Zwischenkundgebungen erreichte die Demo das Sonnenblumenhaus. Dort erinnerte Mouctar Bah von der „Initiative zum Gedenken an Oury Jalloh“ an den Tod des in Polizeigewahrsam in Dessau ermordeten Flüchtlings.

Zur Demonstration hatten mehr als 100 Antifa-Gruppen, Flüchtlingsräte, migrantische Gruppen, Gewerkschafter_innen und andere aufgerufen.

Beim offiziellen Gedenken am darauf folgenden Tag zeigte sich wieder einmal der heuchlerische Charakter des bundesdeutschen Antirassismuses/-faschismuses: zwei eingeladenen Schwarzen Aktivisten wurde der Zutritt verwehrt. So konnte Köhler dann sein übliches unerträgliches Geblubber vor Bratwurst mampfenden Deutschen loswerden.

Kampf den rassistischen Zuständen!

#ichhabnichtangezeigt

Für den Beitrag gilt eine TRIGGERWARNUNG.

Vom 1. Mai bis zum 15. Juni hatten Betroffene von sexualisierter Gewalt die Chance, anonym über Twitter, Facebook, den Kampagnenblog oder ein Kontaktformular Gründe offen zu legen, die sie davon abgehalten haben, nach der Tat Anzeige zu erstatten. Auf diese Weise sind 1 105 Statements zusammengekommen. Eine zentrale Erkenntnis der Kampagne ist, dass der Schritt zur Anzeige den Betroffenen umso schwerer fällt, je näher sie dem Täter stehen. Dies ist besonders alarmierend angesichts der Tatsache, dass der überwiegende Anteil der Täter aus dem familiären, engen oder nahen sozialen Umfeld der Betroffenen stammt. Vorherrschende Vergewaltigungsmythen zeichnen Bilder von unbekannten Tätern, die nachts in dunklen Seitenstraßen oder abgelegenen Parks über andere Menschen herfallen.

In diesem Zusammenhang aufkommende Schuld- und Schamgefühle sind ein Hauptgrund für das nicht öffentlich machen der Tat. Ständig wiederkehrende Diskussionen darüber, ob Betroffene sexualisierte Gewalt provozieren, indem sie sich „aufreizend“ kleiden, Alkohol trinken oder nachts alleine unterwegs sind, forcieren geradezu, dass Betroffene sich eine Mitschuld an der Tat geben. Fehlende Solidarität spielt ebenfalls eine große Rolle. Betroffene befürchten neben Schuldzuweisungen auch Statusverlust, Stigmatisierungen, Demütigungen und ein erneutes Gefühl der totalen Schutzlosigkeit. Außerdem haben sie Angst, dass ihnen nicht geglaubt wird. Leider ist diese Sorge auch nach wie vor alles andere als unberechtigt, denn in vielen Fällen folgen Abwehrreaktionen durch das, in dem Moment der Öffentlichmachung so wichtig werdende, soziale Umfeld. Von mangelnder Unterstützung bis hin zu handfesten Drohungen – Betroffene müssen leider immer wieder erleben, dass ausgerechnet die Zusammenhänge, auf die sie bei traumatisierenden Erlebnissen am meisten vertrauen, in ihrer Schutzfunktion versagen. Die viel zu oft unsolidarischen Reaktionen des Umfeldes werden so zum weiteren wichtigen Grund, die Tat nicht zur Anzeige zu bringen.

Sexualisierte Gewalt wird, so auch das Ergebnis der Kampagne, in den meisten Fällen von „Mächtigen“ gegen „weniger Mächtige“ verübt. In 506 der 1 105 Statements berichten die Betroffenen von Erlebnissen sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend, viele von ihnen standen damals in direkten Abhängigkeitsverhältnissen zu den Tätern. Sexualisierte Gewalt ist demnach auch ein Ausdruck und Ausüben von Macht.

Es ist offensichtlich, dass die Gesellschaft in der Übernahme der Verantwortung versagt und sie stattdessen an die Betroffenen abgibt, indem sie die Betroffenen gesellschaftlich ausgrenzt und dazu verdammt, eine heile Welt vorzutäuschen.

aus: maedchenmannschaft.net

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Bis in die letzten Winkel

Hartz IV hat auch die Erwerbslosenselbsthilfe verändert

Es ist schwer, Erwerbslose zu organisieren - diese Erfahrungen machen Linke immer wieder. Da ist es schon erstaunlich, dass die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) im September ihr 30. Jubiläum feiert. Peter Nowak sprach mit ALSO-Aktivist Michael Bättig über ihr Erfolgsgeheimnis.

Was würden Sie als größten Erfolg im 30-jährigen Bestehen der ALSO sehen?

Michael Bättig: Dass wir über all die Jahre basisdemokratisch und mit Konsensentscheidungen immer wieder verändernd eingreifen konnten, in unsere persönlichen Entwicklungen wie in gesellschaftliche Auseinandersetzungen; dass wir kleine kommunalpolitische wie größere bundesweite Verbesserungen für uns und alle Menschen mit geringen Einkommen durchsetzen konnten; dass wir diese kleinen Kämpfe immer mit der Frage nach einem guten Leben für alle Menschen auf der ganzen Welt verbunden haben und dass wir uns zu einem Projekt entwickelt haben, das vielleicht ein kleines Beispiel für Selbstorganisation mit dem Ziel einer gerechten und solidarischen Gesellschaft sein könnte.

Worin sehen Sie den Grund, dass sich die ALSO im Gegensatz zu vielen anderen Erwerbslosengruppen so lange gehalten hat?

In unserer Organisationsform: Wir kämpfen für kommunale Zuschüsse, organisieren Spenden und nutzen das Geld für eine unabhängige Sozialberatung in einem eigenen sozialen Zentrum. Wir sind undogmatisch und beanspruchen nicht, unser Weg sei der einzig wahre. Außerdem stecken wir unsere Kraft mehr in unsere Organisation, Aktionen und Vernetzung als in die Kritik an anderen.

Wie hat sich Ihre Arbeit mit der Einführung von Hartz IV verändert?

Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung sind für einen historischen Moment zur zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzung geworden. Hartz IV hat alle Erwerbslosen gemeinsam in den Jobcentern zusammengefasst und die Frage aufgeworfen, unter welchen Bedingungen Menschen in dieser Gesellschaft leben, arbeiten und wohnen sollen. Aber über die Ausdehnung von Arbeit in jeder Form und um jeden Preis bis in die letzten Winkel der Gesellschaft werden sie gleichzeitig stigmatisiert, mobilisiert und wieder auseinandergetrieben. Es ist nicht nur die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die weitere Prekarisierung der Arbeit, sondern die systematisch und flächendeckend betriebene Ausmerzung jeglicher »Nichtarbeit« aus unser aller Leben, mit der Hartz IV auch zur Desorganisation solidarischer antikapitalistischer Projekte beigetragen hat. Selbst bei mehr als fünf Millionen Erwerbslosen hat kein Mensch mehr Zeit.

Das verallgemeinernde Moment in Hartz IV, die Frage nach dem gesellschaftlich organisierten Verhältnis von Arbeit und Einkommen, ist gleichzeitig zum individualisierenden Moment im alltäglichen Leben geworden - und dieses Verhältnis hat unsere Arbeit verändert: Es gilt, in diesem Lebens- und Arbeitsalltag sowie in der Alltagspraxis der Behörden immer wieder Gelegenheiten und Brüche zu finden oder bewusst herzustellen, die unsere Isolierung und Ausgrenzung durchbrechen und uns und andere befähigen, uns als gesellschaftliche Wesen zu begreifen - und danach zu handeln.

Sie haben schon seit Jahren mit Begleitaktionen im Jobcenter Erfolge erreicht. Welche Rolle spielen diese Aktionen?

Solche Aktionen sind Prozesse der Selbstermächtigung. Durch sie können vorenthaltene Leistungen durchgesetzt, Würde zurückgewonnen und Selbstbewusstsein gestärkt werden. Sie sind praktische Demonstrationen von Gegenmacht und Aufklärung: Fiese Sachbearbeiterinnen werden in ihre Schranken verwiesen, und die entwürdigende Alltags-Massenverwaltung der Jobcenter wird für einen Moment aufgebrochen. Im glücklichen Fall führen sie dazu, dass die Leute sich in Zukunft gegenseitig selbst begleiten, im unglücklichen Fall werden sie beim nächsten »Alleingang« zusammengefaltet und ziehen die übliche Lehre, »dass man besser die Fresse hält«. Zahltage und Begleitaktionen könnten aber zu einer breiteren gesellschaftlichen Bewegung über die Jobcenter hinaus entwickelt werden. Über ihren aktuellen Zustand müsste deshalb bundesweit reflektiert werden.

Die ALSO hat im Oktober 2010 wesentlich die Demonstration »Krach schlagen statt Kohldampf schieben« organisiert. Warum hat sich daraus keine neue Bewegung entwickelt?

Wir haben uns neu bewegt. Bündnisse von Erwerbslosennetzwerken mit der Ökologiebewegung, kämpferischen Bauern und kritischen Verbraucherverbänden sowie die Verbindung von Hartz-IV-Regelsätzen und Niedrigeinkommen mit Fragen ökologischer Lebensmittelproduktion und -verteilung hat es vorher so nicht gegeben.

Für Anfang September war eine Tagung zum ALSO-Jubiläum geplant, die jedoch abgesagt wurde. Sehen Sie in der Absage ein Zeichen für die Schwäche der Erwerbslosenbewegung?

Mit über 18 Millionen ist die Zahl der Erwerbslosen in der EU auf ein neues Rekordniveau gestiegen. In Spanien und Griechenland ist jeder Vierte erwerbslos und jeder zweite Jugendliche. Es wäre schön, wenn im Sinne der oben erwähnten internationalen Protestbewegungen von deutschen Erwerbslosennetzwerken Signale der Solidarität in diese Länder gesendet und aus diesen Ländern empfangen werden könnten - am besten in Form gemeinsamer radikaler Aktionen und Blockaden vor einschlägigen Institutionen. Vielleicht lehren uns Einsicht und die weitere ökonomische und sozialpolitische Entwicklung in Europa, uns selbst weiterzuentwickeln. Es wäre naiv zu glauben, dass Deutschland die Insel der Glückseligen bleiben könnte.

geklaut aus: analyse&kritik (ak) nr. 575

antifa.elf

stellt sich vor

"unser Denken

Wir sind eine geschlossene, politische Gruppe, die sich als Teil antifaschistischer Strukturen begreift und in diesem Kontext handelt. Wir sehen uns als Teil einer solidarisch zueinander arbeitenden, emanzipatorischen Bewegung in und um Oldenburg.

Unser Antifaschismus...
Unser Hauptaktionsfeld ist die praktische antifaschistische Arbeit auf lokaler und überregionaler Ebene. Wir wollen dabei der organisierten, militanten Neonaziszene auf allen Ebenen effektiv entgegenwirken. Hierbei steht vor allem die Öffentlichkeitsarbeit und regelmäßige Berichterstattung über die Neonazis im Vordergrund. Wir wollen ihre Strukturen öffentlich machen und ihr Handeln und ihre Ideologie transparent machen. Eine unbeachtete, im Verborgenen agierende Neonaziszene, die sich ungestört entfalten kann, ist eine konkrete Gefahr für alle Menschen, die nicht in das völkische und sexistische Weltbild der Nazis passen. Hier wollen wir konkret ansetzen.

Auch geht es uns darum, öffentliche Auftritte von Neonazis zu be- oder möglichst zu verhindern. Wir wollen deutlich machen, dass es niemals Normalität werden darf, wenn Rassist_innen öffentlich auftreten. Egal, ob sie irgendwo aufmarschieren wollen, Kundgebungen abhalten, Infostände durchführen, Plakate aufhängen oder im Stadtrat das Wort ergreifen wollen. Nazipropaganda darf niemals unwidersprochene Normalität sein. Nazis sollen immer mit Problemen rechnen müssen, wenn sie versuchen, öffentlich aufzutreten. Denn nationalsozialistische Ideologie kann nicht als gleichberechtigte Meinung gewertet werden, über die diskutiert werden kann, sondern ist immer noch eine verbrecherische Ideologie der Vernichtung.

... gegen die Gesamtscheiße
Wir stellen unser Handeln in den Kontext größerer sozialer, emanzipatorischer Bewegungen. Wenn wir die Nazis bekämpfen wollen, müssen wir die Gesellschaft kritisieren und ändern, aus der heraus autoritäre, diskriminierende Denkmuster entstehen. Rassistische, autoritäre, antizionistische und antisemitische Denkmuster sind weit in der Gesellschaft verbreitet, wie zahlreiche Studien („deutsche Zustände", „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit", „vom Rand zur Mitte") belegen. Migrant_innen, die nach Deutschland kommen, erwartet hier ein Klima der Ablehnung. Doch der Rassismus ist auch institutionell verankert. Teilweise über Jahre hinweg in Aufnahmelagern interniert, ist es ihnen verboten, eine Arbeit anzunehmen. Sozialleistungen werden mit Gutscheinen ausgezahlt, mit denen ein selbstbestimmtes Leben kaum möglich ist. Migrant_innen sind einer Bürokratie ausgesetzt, die in der Regel nur ein Ziel kennt: Die Ausweisung zurück in ein Land, in dem oftmals Krieg, Verfolgung oder Hunger drohen.

Auch Patriotismus und Nationalismus erteilen wir eine klare Absage. Wir halten es für irrational, auf den Zufall stolz zu sein, an einem bestimmten Ort, innerhalb einer künstlich entstandenen Grenze, geboren worden zu sein. Die positive Bezugnahme auf eine Nation erzeugt immer ein „wir" und ein „die anderen". Dies führt zu Ausgrenzung und Konkurrenzdenken.

Weiterhin wollen wir auch gegen gesellschaftlich etablierte Geschlechterrollenbilder ankämpfen. Gesellschaftlich sind nur die Geschlechterrollen „Mann" und „Frau" anerkannt und mit starren Rollenerwartungen versehen. Menschen, die sich über diese Rollenklischees hinwegsetzen oder Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen können oder wollen, erfahren massive Ausgrenzung. Sexismus und Homophobie sind Bestandteile deutscher Normalität.

Wir solidarisieren uns mit Menschen, die Kämpfe gegen diese Ausgrenzungsmechanismen aufnehmen, ebenso wie mit Menschen, die in andere soziale Kämpfe involviert sind, sei es im Kampf um selbstverwaltete Freiräume, gegen die Militarisierung der Gesellschaft, gegen staatliche Repressionen, gegen die Entrechtung von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten oder in anderen Feldern. Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die eine emanzipatorische Gesellschaft anstreben, in der alle Menschen gleichberechtigt miteinander leben können.

Kapitalismus verstehen, kritisieren, abschaffen!
Wir verstehen uns als Teil einer emanzipatorischen, antikapitalistischen

und Handeln darauf auszurichten, dass sich Auschwitz niemals wiederhole"

Bewegung. Hierzu erachten wir es zunächst als notwendig, den Kapitalismus mit seinen Mechanismen zu verstehen. Insbesondere verkürzter, personalisierter Kapitalismuskritik erteilen wir eine scharfe Absage. Es darf nicht darum gehen, vermeintlich „Schuldige" zu präsentieren und für die Fehler eines Wirtschaftssystems, das Konkurrenz, Armut und Ausgrenzung hervorruft, verantwortlich zu machen. Der Kapitalismus weist eine große Komplexität auf und wird durch uns alle tagtäglich reproduziert. Es gilt also, fundierte Analysen zu treffen und darauf das politische Handeln abzustimmen. Die eigenen Ideen und Konzepte bedürfen einer ständigen Reflexion und kritischen Hinterfragung, um aktuelle Entwicklungen berücksichtigen zu können. Statische Ideen, „wie alles besser wird", halten wir für wenig zielführend.

Rechts? Links? Extremist_innen?

Bewusst verzichten wir in unserer Selbstwahrnehmung auf das Etikett „politsch links". Die Kategorie „links" ist eine unscharfe politische Richtungsbezeichnung, die verschiedene Überzeugungen und Ansätze miteinander vermengt und nichts Konkretes über politische Zielsetzungen und Arbeit aussagt. Vieles, das als politisch „links" bezeichnet wird, finden wir unterstützenswert, andererseits gibt es aber auch reaktionäre und autoritäre Gruppierungen, die diese Bezeichnungen für sich in Anspruch nehmen, von denen wir uns jedoch deutlich distanzieren möchten.

Ebenso kritisch sehen wir die Bezeichnung von Neonazis als „rechtsextrem" oder „rechtsradikal". Das Naziproblem wird dadurch an einen „rechten Rand" gedrängt, die „demokratische Mitte" bleibt in diesem Ansatz außen vor. Hierbei wird außer Acht gelassen, dass sexistische, rassistische, antisemitische und faschistoide Einstellungsmuster keineswegs an einem „Rand" der Gesellschaft entstehen, sondern tief im gesellschaftlichen Denken, auch institutionell, verankert sind und tagtäglich aus ihrer Mitte reproduziert werden.

Daher verzichten wir bewusst auf die Kategorien „rechts" und „links", die auf ein eindimensionales, stark vereinfachtes Politikbild schließen lassen. Wir benennen politische Strömungen lieber nach dem, was sie beinhalten: emanzipatorische, fortschrittliche soziale Bewegungen bezeichnen wir viel lieber als solche, als sie „links" zu nennen. Andererseits finden wir es auch zielführender, Neonazis auch so zu bezeichnen.

Eine solche Vorgehensweise erachten wir auch als sinnvoll, um die aktuelle Debatte um die sogenannte „Extremismustheorie" mit zu beeinflussen. In dieser Theorie werden „rechte" und „linke" politische Strömungen miteinander gleichgesetzt und als gleichermaßen gefährlich eingeschätzt. Eine Theorie, die auch in wissenschaftlichen Kreisen umstritten ist, aber von der Bundesregierung immer wieder dazu genutzt wird, um gegen Neonazis und Antifaschist_innen gleichermaßen vorzugehen. Dass dieser Vergleich zwischen mörderischer, nationalsozialistischer Ideologie, die von der natürlichen Ungleichwertigkeit der Menschen ausgeht und freiheitlichen, emanzipatorischen Ansätzen absurd ist, liegt auf der Hand. Mit dem Verzicht auf die Kategorien „rechts" und „links" wollen wir solche Debatten versachlichen und inhaltlich präzisieren, so dass die Absurdität dieser Gleichsetzung offensichtlicher wird.

„unser Denken und Handeln darauf auszurichten, dass sich Auschwitz niemals wiederhole"*

Die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands, insbesondere die Verfolgung und Ermordung von mehr als 6 Millionen Jüd_innen, die Shoah, ist ein in der Form einzigartiges Verbrechen. Jüdinnen und Juden wurden völkisch definiert, verfolgt und in einer einzigartigen, industriellen Vernichtungsmaschinerie millionenfach umgebracht. Es liegt in unserer aller Verantwortung, dass sich derartige Verbrechen niemals wiederholen. Angesichts weit verbreiteter rassistischer und antisemitischer Ressentiments in der Gesellschaft eine Arbeit, die kontinuierlich und nachhaltig, auf allen Ebenen stattfinden muss. Dafür setzen wir uns ein.

antifa.elf im Oktober 2012

antifaelf.blogsport.de

*frei nach Adorno

STATT ENTWICKLUNG STAU

Wir sind der Oldenburger Wagenplatz. Ein selbstverwaltetes Wohn- und Kulturprojekt, seit einer gefühlten Ewigkeit im Stau. Neben ebenso günstigen wie luxuriösen Wohnraum für Menschen, Katzen, Vögel und Hunde, gibt es bei uns jede Menge un- und antikommerzielle Kultur wie Konzerte, Partys, Voküs, Open air Kino und vieles mehr.

Nachdem wir uns im Sommer 2011 noch sehr zuversichtlich und vielleicht etwas größenwahnsinnig mit unserer Wagendemo aufs Wasser wagten, ist einige Zeit vergangen. So erklärten wir seinerzeit, es sei unser aller bademeisterliche Pflicht, ein geordnetes Versinken der geplanten Wasserstadt genauestens im Blick zu behalten.

Die Freude war natürlich groß, waren doch sämtliche Pläne für eine Bebauung unseres Platzes erst mal vom Tisch. Nach jahrelangen Verhandlungen über Ersatzgelände und der schlichten Angst weiterhin als Wagenplatz bestehen zu können, kehrte erst mal Ruhe ein. Gaben doch sowohl Lokalpolitik als auch Presse deutlich zu verstehen, dass hier in naher Zukunft nicht gebaut werde.

Die Freude hielt nicht lange an, schon im Dezember war die Gerüchteküche wieder am brodeln. Im Frühjahr hatten wir dann Gewissheit, dass der Investor Dirk Onnen, bekannt durch Prestigebauvorhaben wie die Amalienhöfe und den Lindenbogen, die Freifläche neben

unserem Platz kaufen und gemeinsam mit der Stadt auch auf unserem Gelände bauen will. Erneute Verhandlungen, erneutes Kaffeetrinken mit der Politik. Dazu muss gesagt werden, dass wir auf die Stadt zugehen mussten und wir nicht, wie ursprünglich abgesprochen, über die neuen Pläne informiert wurden.

Die Verwaltung wollte am liebsten sofort eine Zusage, dass wir auf ein Gelände am Pophankenweg ziehen, eingezwängt zwischen Schrebergärten, Autobahn und Ordnungsamt. Wir halten dieses Gelände für unakzeptabel und haben deshalb drei weitere Ausweichgelände vorgeschlagenen. Leider wurden unsere Vorschläge recht schnell abgelehnt. Es wurde mit Kündigung zum nächsten Februar gedroht, sollten wir uns nicht einvernehmlich einigen, sprich den von uns abgelehnten Pophankenweg als zukünftigen Wohnort akzeptieren.

Neben der Enttäuschung dass unsere Alternativgelände lapidar abgelehnt wurden und keine weiteren konstruktiven Vorschläge erfolgten, stellt eine Kündigung und ein Umzug im Winter den Wagenplatz vor eine unzumutbare Situation. Dies wird schnell ersichtlich, bedenkt man dass wir seit 18 Jahren an diesem Ort leben und uns auf ihm wohnlich eingerichtet haben, so dass wir Zeit, Kraft und gutes Wetter (vor allem keinen Schnee und Bodenfrost) benötigen um unseren Umzug realisieren zu können.

Ende September sollten dann auf Drängen der Verwaltung die Mitglieder des Bauausschusses unsere Kündigung abnicken. Doch falsch kalkuliert: Auch wir waren zahlreich da und erinnerten die Politiker_innen an die Resolution des Stadtrates von 2008, nach der zentrales Wagenleben in Innenstadtnähe weiterhin Bestand haben soll. So wurde, statt die Kündigung zu beschließen ein Runder Tisch zur Zukunft der Wagenburg beschlossen, an dem Verwaltung, Politik und Wagenburg teilnahmen.

Leider geht es den meisten Politiker_innen dabei nicht um einen Fortbestand der Wagenburg im Stau, sondern um die schnelle Suche eines Ersatzgeländes. Auch deshalb sind wir uns noch nicht sicher, was wir von solch einem Runden Tisch halten sollen. Nachdem die Verwaltung nochmal ausführlich unsere Vorschläge abgelehnt hat, kramte sie ihrerseits alte Geländevorschläge wieder hervor: dabei waren 2 Gelände an den Stadtgrenzen Oldenburgs, ein unzumutbar freches Gelände auf einem schmalen Hügel neben dem Gelben Sack Lager von Springer und der ollen Nazibratze Neumann und wer hätte das gedacht: Der Pophankenweg. Ausserdem gäbe es da noch ein Gelände bei der WeserEmsHalle, dass sowohl Stadt als auch wir prüfen wollen.

Dennoch, auch die von uns vorgeschlagenen Gelände: altes Klärwerk, Dalbenstraße und Südufer werden von uns weiterhin als geeignet betrachtet und es ist für uns eher eine Frage des politischen Willens von Stadt und Baurat, solche zentralen Gelände für uns zugänglich zu machen.

Und auch für unseren jetzigen, seit 18 Jahren bestehenden Platz, hat noch nicht das letzte Stündlein geschlagen. Verhandlungen über Ersatzgelände bedeuten nicht, dass wir freiwillig gehen, sondern sind Resultat der im Raum stehenden Kündigung und drohenden Räumung.

Für uns steht fest: Wagenleben und Alternativkultur müssen in Oldenburg innenstadtnah erhalten bleiben. Sollte die Stadt versuchen, uns auf nichtakzeptable Gelände an den Stadtrand abzuschieben, werden wir uns quer stellen. Wir bleiben Investitionsrisiko.

di

»Gecekondu« heißt der Holzverschlag am Kottbusser Tor, in Anlehnung an die informellen, »über Nacht« errichteten Siedlungen in türkischen Städten. Ende Mai stand er plötzlich da, auf einem Stück Gehweg zwischen der Commerzbank und dem Vereinsheim von Türkiyemspor. Eine bunte Lichterkette hängt hier, Infomaterial schmückt die Wände, es gibt Tee, Kaffee, und wer will, kann unter dem Efes-Sonnenschirm auf einer Holzbank Platz nehmen. An diesem gut geführten und stets aufgeräumten Ort protestiert Kotti & Co, die Mietergemeinschaft am Kottbusser Tor, gegen steigende Mieten und Verdrängung. Hier gibt es jeden Abend Treffen, Konzerte oder Veranstaltungen, samstags startet hier die Lärmdemo der Mieterinitiative. Und heute, drei Monate nachdem es losging, mache ich endlich meine erste Schicht im Gecekondu. Davon werde ich gleich erzählen.

Das Kottbusser Tor ist eine Straßen- und U-Bahn-Kreuzung mitten in Kreuzberg. Sozialbauten Jahrgang 1978 rahmen den Platz ein und trennen ihn von den hübschen Altbauquartieren im Norden, Osten und Süden. Lange ist die Kreuzbergbegeisterung am »Kotti« vorbeigerauscht, jedenfalls an den Mietblöcken des sozialen Wohnungsbaus, doch inzwischen steigen auch hier die Mieten und zwar gewaltig. Nun protestieren die MieterInnen, unter ihnen viele türkischstämmige Familien, die dort seit 30 Jahren leben, gegen die explodierenden Kosten. Jede zweite Familie habe nach Abzug der Miete nur noch 200 Euro pro Person zum Leben, schreibt die Mietergemeinschaft Kotti & Co in einem Flugblatt. Manche hat das Jobcenter bereits aufgefordert, die »Kosten der Unterkunft« zu senken.

Das glänzende Geschäft mit den Sozialwohnungen

Wie kommt es zu den rasant steigenden Mieten im sozialen Wohnungsbau? Beim Bau von Sozialwohnungen erhalten private Bauherren Fördergelder, damit sie Wohnraum für MieterInnen mit geringen Einkommen bereitstellen. Die Lücke zwischen der »Kostenmiete«, die die Kosten der Eigentümer für Bau und Bewirtschaftung decken soll, und der Sozialmiete, die die MieterInnen zahlen, schließt die öffentliche Hand. Aufgrund einiger Besonderheiten liegt die offizielle »Kostenmiete« im sozialen Wohnungsbau Berlins bei zwölf bis 18 Euro pro Quadratmeter. Zum Vergleich: die ortsübliche Miete rund ums Kottbusser Tor beträgt fünf bis sechs Euro. Bezuschusst durch Steuergelder, waren die Sozialwohnungen also auch bisher ein glänzendes Geschäft.

Werden nun die Subventionen abgebaut, erhalten die Eigentümergesellschaften jedes Jahr etwas weniger Geld von der Stadt, dafür zahlen die MieterInnen jedes Jahr etwas mehr. Vergangenes Jahr schaffte der Senat die Mietobergrenze von 5,35 Euro kalt pro Quadratmeter in den »problematischen Großsiedlungen« ab, zu denen das Kottbusser Tor zählt.

eINTEGRATIONSMASCHIENE

DIE INITIATIVE KOTTI & CO HAT SCHWUNG IN DEN BERLINER MIETPROTEST GEBRACHT

Zudem werden aus ehemaligen Sozialwohnungen unter Umständen lukrative Immobilien in bester Lage. Für Kreuzberg gilt das ganz besonders. Berlinweit sind die Preise bei Neuvermietungen in die Höhe geschossen, im Jahr 2011 lagen sie stadtweit acht Prozent höher als 2010. Gegenüber den im Mietspiegel ausgewiesenen Bestandsmieten zahlen NeumieterInnen im Schnitt 26 Prozent mehr - doch nirgends so viel wie in Kreuzberg-Friedrichshain. Der Bezirk ist mittlerweile Berliner Spitzenreiter bei den Preisen für Neuvermietungen.

Das weiß auch die ehemals landeseigene Wohnungsbaugesellschaft GSW, die der damals rot-rote Senat 2003 privatisierte und der viele Häuser am Kottbusser Tor gehören. Die Berliner Zeitung berichtete, dass die GSW Wohnungen monatelang leer stehen lasse, während deutsche Namen an den Klingelschildern eine Belegung suggerieren. Hält der Zuzug in die attraktiven Innenstadtbezirke an, so das naheliegende Kalkül, können die Wohnungen bald noch teurer vermietet oder in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.

Für viele MieterInnen heißt das, dass sie sich ihre Wohnungen nicht mehr leisten können, übrigens nicht nur in Berlin: Bundesweit sind im vergangenen Jahrzehnt im Schnitt 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr vom Markt verschwunden. Laut einer Studie des Pestel-Instituts aus Hannover fehlen in Deutschland derzeit etwa vier Millionen Sozialwohnungen.

Verdrängung und Rassismus

Dass in den Häusern am Kottbusser Tor vor allem Familien mit nichtdeutschen Namen betroffen sind, ist kein Zufall. Als dort vor 40 Jahren gebaut wurde, flossen neben den üblichen Subventionen Sonderförderungen des Bundes, um Wohnraum für »ausländische Arbeiter« zu schaffen. Weil ihre Löhne niedrig waren und sie auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert wurden, fanden viele ehemalige GastarbeiterInnen bezahlbaren Wohnraum nur in Kreuzberg und anderen Vierteln, die eigentlich zum Abriss vorgesehen waren.

Auf diesen Zusammenhang verweist die Mietergemeinschaft auf ihrer Webseite: »Die Menschen der Gastarbeiter-Generation haben Kreuzberg attraktiv und lebenswert gemacht. Jetzt reicht die niedrige Rente nicht mehr, um den Lebensabend im angestammten Umfeld zu genießen.« Wenn das Jobcenter ihnen vorschlägt, sich eine günstigere Wohnung in Marzahn zu suchen, ist das für viele MieterInnen ein Schlag ins Gesicht. Kotti & Co spricht bei solchen Vorschlägen von strukturellem Rassismus, weil die Erfahrungen der nichtdeutsch aussehenden MieterInnen ignoriert werden. Wer die Kreuzberger MieterInnen auf Marzahn verweise, »interessiert sich nicht für die dortigen Problemviertel und die nicht in die Einwanderungsgesellschaft integrierten Deutschen«.

Die Initiative Kotti & Co hat deshalb einen anderen Vorschlag. Sie fordert eine Mietobergrenze von 4 Euro pro Quadratmeter in den Großsiedlungen und die Kommunalisierung des sozialen Wohnungsbaus, mindestens aber die Neuberechnung der Kostenmieten und der Renditesätze. Aus ihren Einzelproblemen haben die MieterInnen vom Kottbusser Tor ein stadtpolitisches Anliegen gemacht.

Im Gecekondu wird dieses Anliegen der Öffentlichkeit präsentiert. Hier sollen die zusammenkommen, die sich für das Problem interessieren. Deshalb ist das Gecekondu rund um die Uhr besetzt, und weil die MieterInnen das nicht allein schaffen, bitten sie alle, die mit ihnen sympathisieren, um Unterstützung. Heute, am 25. August, bin ich erstmals

mit von der Partie. Also wie ist es so, vier Stunden am Kotti-Gecekondu?

Wie ist es, vier Stunden am Kotti-Gecekondu?

Notiz Nummer 1: Das Sagen haben die Frauen. Als ich mit meinem Kompagnon Romin ankomme, erklärt uns Fatma, eine Frau in den 40ern (schätze ich), was wir tun müssen. Kaffee und Tee gegen Spende ausgeben, nicht beide Maschinen gleichzeitig benutzen, das macht die Stromversorgung nicht mit, und bei Fragen: fragen. Den Samowar mit dem Tee bereitet eine Bekannte von Fatma vorsichtshalber selbst vor. Den Ausschank übernehmen wir, kein Problem, andere haben es ja auch geschafft. »Samowar Samurai« könnte ich den Text ja nennen, meint Romin. Mal schauen.

Notiz Nummer 2: Außer den MieterInnen kreuzen AnwohnerInnen auf, um einen Kaffee zu trinken oder etwas von den gespendeten Brötchen abzugreifen. Dabei entstehen Gespräche, zu denen es sonst sicher nicht gekommen wäre. Mit einem Nachbarn unterhalten wir uns über linke und echte Mietenproteste, ein anderer mit grauen, langen Haaren, sein Gesicht eine unübersichtliche Mondlandschaft aus interessanten Runzeln und Kerben, erzählt, dass er gern die ruhigen Nachtschichten am Gecekondu übernimmt, weil es ihm gefällt, dem Kotti beim Aufwachen zuzusehen. Mit Ayhan, der bei Mercedes in Mariendorf arbeitet, tauschen wir uns über Fußballwetten aus - nur dass Ayhan im Gegensatz zu uns etwas davon versteht, einmal hat er sogar eine ordentliche Summe gewonnen. Und dann ist da noch das Pärchen von der anderen Seite, von dort, wo die Junkies sich treffen. Sie sind beide etwas durch den Wind, stolpern durchs Infozelt und freuen sich über die Rosinenbrote und den Kaffee. »Lichtenberg ist jetzt auch schon 20 Jahre her, kaum zu fassen, oder?«, startet er einen Gesprächsversuch. »Du meinst Rostock-Lichtenhagen?« »Ja, genau.« Beim Abschied bedanken sie sich überschwänglich für die Gastfreundschaft. Und damit treffen sie den Nagel auf den Kopf. Das Kotticamp ist ein gastfreundlicher Ort, die Nachbarn sind hier ebenso willkommen wie die TouristInnen, die StudentInnen ebenso wie die Junkies. Das Gecekondu ist eine Integrationsmaschine.

PolitikerInnen wie der Staatssekretär für Stadtentwicklung Ephraim Gothe äußern gelegentlich, das Kottbusser Tor brauche mehr »Durchmischung«. So bringen sie die BewohnerInnen erst recht gegen sich auf, die sich fragen, ob reiche Stadtteile wie Dahlem oder Zehlendorf nicht auch etwas »Durchmischung« vertragen könnten. Auf ihrer Webseite schreibt die Initiative: »Unsere Erfahrung mit Entrechtung und Reglementierung in dieser Gesellschaft ist lang. Wir haben jedoch Kreuzberg zu unserem Zuhause gemacht. Und haben alle neu Zugezogenen, wie die Hausbesetzer_innen und die alternative Szene in den 1980ern, (...) die Künstlerinnen und Studenten der letzten Jahre integriert. Wir sind stolz auf diese Mischung, denn wir haben Kreuzberg erst attraktiv gemacht.«

Deshalb fordern sie alle auf, sich an ihrem Protest zu beteiligen. KünstlerInnen sollen Veranstaltungen am Gecekondu machen, neu Zugezogene und TouristInnen sollen Kinderkreide und Kuchen vorbeibringen oder eine Nachtschicht übernehmen. Und sie suchen den Kontakt zu anderen Protestinitiativen, etwa den SeniorInnen, die ihren von Schließung bedrohten Treff in der Stillen Straße in Pankow besetzt haben, oder zu der Rollstuhlfahrerin Nuriye Cengiz, die gegen die drohende Räumung aus ihrer Wohnung protestiert. Oft führt sie die samstägliche Lärmdemonstration an, dahinter laufen die Frauen vom Kottbusser Tor mit ihrem Transparent, ihre Familien, AnwohnerInnen und UnterstützerInnen, mittlerweile ist sogar die Mädchenmannschaft von Türkiyemspor dabei, »Kick it like Kotti« steht auf ihrem Schild. Auch linke UnterstützerInnen sind willkommen, aber die Initiative fordert von ihnen, Respekt für das Anliegen der MieterInnen zu zeigen. Sie wollen nicht, dass andere das Bild ihres Protestes dominieren.

Wie kann Kotti & Co den Druck erhöhen?

Mit ihrem Kampf hat die Initiative die Frage nach den Bedingungen des Wohnens und Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft der Stadt auf die Tagesordnung gesetzt, wie es Berliner WissenschaftlerInnen in einer Erklärung formulieren. Mittlerweile hat Kotti & Co erste Erfolge vorzuweisen. Die Gesellschaften GSW und Hermes überprüfen die Betriebskostenabrechnungen; einige Nachzahlungen werden deutlich niedriger ausfallen als bisher. Mit ihrer Forderung nach einer Mietobergrenze beißt Kotti & Co aber bislang auf Granit. Für die Initiative stellt sich daher die Frage, wie sie den Druck erhöhen kann - zumal das Gecekondu im Winter auf harte Zeiten zusteuert.

Mir fällt ein, was ein Freund aus Barcelona kürzlich erzählte. In Spanien wohnen nur wenige Leute zur Miete, die meisten haben Kredite für Wohneigentum aufgenommen. Durch die Krise können viele Menschen ihre Darlehen nicht zurückzahlen, nun klagen die Banken sie aus den Wohnungen. Zwangsräumungen sind ein Massenphänomen geworden, doch der Widerstand dagegen breitet sich ebenfalls aus. (siehe ak 571) Die Freunde aus Barcelona unterstützen den Protest, indem sie riesige Porträts der Betroffenen gemeinsam mit den Porträtierten an die Schaufenster der Banken plakatieren. So geben sie den Fällen ein Gesicht und üben Druck auf die Banken aus.

Könnte man das nicht auch fürs Kotti adaptieren? Mit Porträts der MieterInnen zum Beispiel zu den Wohnungsbaugesellschaften ziehen? »Warum nicht«, meint Ulrike von der Mieterinitiative, »aber wir haben alle so viel zu tun, wir können keine weitere Aktion planen. Such dir doch ein paar Leute und nimm es selbst in die Hand.« Puh. Zeit habe ich eigentlich keine, andererseits würde es sicher Spaß machen. Aber ganz egal, ob was daraus wird: Kotti & Co hat mich in den Mietenprotest integriert.

geklaut aus: analyse&kritik 575

Reclaim the City

Männerzentrierte Städte und feministische Architekturkritik

Architektur und Stadtplanung haben ein Geschlecht. Vom öffentlichen Raum über Wohnviertel bis in die eigenen vier Wände ist die Entfaltungsfreiheit von Frauen beschränkt. Trotz kleiner Erfolge des Gender Mainstreamings beim Stadt- und Wohnungsbau bleibt die feministische Stadt utopisch.

von Katrin Dietrich

Wie müssten Wohnungen, Häuser und Städte zur »Befreiung von Frauen« gestaltet sein? Diese Frage stellten sich Architektinnen und Philosophinnen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Manche Ideen gingen weit über das heutige Gender Mainstreaming hinaus. Ein bizarrer Plan stammt von der US-amerikanischen Architektin Alice Constance Austin und wurde für eine sozialistische Kommune in Kalifornien entwickelt. Austins Stadt beinhaltete küchenlose Häuser, gemeinschaftliche Kindertagesstätten und öffentliche Gebäude, die für alle Bewohnerinnen gut erreichbar sein sollten. Ihr Vorschlag, alle Haushalte mit einem Essens- und Wäscheservice durch ein unterirdisches Tunnelsystem zu versorgen, wurde nie umgesetzt. Die Kommune löste sich 1918 auf, einige ihrer Ruinen stehen noch heute inmitten der Mojave Wüste.

Die Sichtbarkeit von Frauen in der Stadt korrespondiert mit ihrer Teilhabe am politischen Diskurs und der Wahrnehmung ihrer Interessen. Architektur und Stadtplanung können diese Teilhabe und Öffentlichkeit unterstützen, beeinflussen oder auch behindern. So verwundert es nicht, dass die Besetzung öffentlichen Raums und die Aneignung der Stadt in der feministischen Bewegung Tradition hat. Anfang des 20. Jahrhunderts eroberten die Suffragetten im Kampf für das Wahlrecht von Frauen die Straße und verübten Anschläge auf symbolträchtige Gebäude der Stadt. In letzter Zeit sorgen die in Kanada entstandenen Slut Walks oder Gruppen wie FEMEN in der Ukraine für Furore. Sie besetzen mit spektakulären Auftritten den öffentlichen Raum, um dabei Themen wie Sexismus oder sexualisierte Gewalt in die Medien und die Diskussion zu bringen.

Bei Architektur denkt man zuerst an repräsentative Bauten, die Manifestationen gesellschaftlicher Wertesysteme sind. Veränderungen in der Architektur sind stets Anzeiger sozialen Wandels. Doch die gebaute Welt umfasst viel mehr. Tagtäglich ist man von ihr umgeben, die eigenen vier Wände

wurden von ArchitektInnen geplant, die Straßen von ihnen gelenkt und Plätze durch sie gestaltet.

Das Gebaute ist Produkt von Gesellschaft, spiegelt soziale Werte und Normen wieder und wirkt auf das Handeln zurück. Architektur kann Menschen auf ihren Platz verweisen.

Verzweifelte Hausfrauen

Mit dem Wachstum und der Industrialisierung der europäischen und nordamerikanischen Städte im 19. Jahrhundert stieg auch der Bedarf an Wohnraum. Für das Bürgertum lag die Lösung angesichts schwieriger Zustände in der Flucht in neu erschlossene Wohnsiedlungen außerhalb der Stadt. Die so genannte Suburbanisierung wurde bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts politisch forciert, indem komplette Satelliten- oder Trabantenstädte aus dem Boden gestampft wurden. Arbeit, Verkehr und Armut blieben im Zentrum, die Familie zog in das traute Heim für Wohnen und Freizeit nach Suburbia.

Die Vorstadt wurde zum idealisierten Gegenbild des Stadtmolochs. Suburbia stand für idyllisches Leben im Einklang mit der Natur, weit ab von den Gefahren der künstlichen Stadt. Während der Mittelklasse-Mann zum Pendler zwischen beiden Welten wurde, entwickelte sich die Vorstadt zur Hölle der Haus-Frau. Denn mit der räumlichen Trennung von Arbeit und Wohnen war sie vom öffentlichen Leben abgekapselt. Die ohnehin unbezahlte reproduktive Arbeit verschwand im isolierten Einfamilienhaus. Bis heute steht Suburbia als Synonym für Reihenhaussiedlungen und kleinstädtische Strukturen für ein homogenes Lebens- und Familienkonzept mit in Stein gemeißelten Geschlechterrollen.

Patriarchale Architektur

Bauen Frauen aufgrund ihrer Sozialisation und Lebenserfahrung grundsätzlich anders als Männer? Ungeachtet dekonstruktivistischer Perspektiven kann festgehalten werden, dass die Bedürfnisse von Frauen im Wohnungs- und Siedlungsbau lange Zeit keine Berücksichtigung fanden. Für viele Frauen war und ist die Wohnung nicht der private Raum von Freizeit und Erholung, sondert schlichtweg der Arbeitsplatz. Dieser war, mit der Herausbildung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, mit einer Fülle an Aufgaben verbunden. Neben sämtlichen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten und Erziehung der Kinder zählte auch die Beziehungsarbeit dazu.

Die Unsichtbarkeit und Geringschätzung reproduktiver Arbeit manifestierte sich in der Architektur. So war zum Beispiel die funktionale Küche der Nachkriegszeit in den meisten Wohnungen derart klein gestaltet, dass sich nur eine Person darin aufhalten konnte. Damit waren weder Arbeitsteilung, noch Hilfestellung bei der Küchenarbeit oder das gleichzeitige Hüten der Kinder möglich. Dabei erkannte Virginia Woolf schon in den 1920er Jahren, dass, damit frau ihre Begabungen ausleben könne, sie materielle Sicherheit brauche und »ein Zimmer für sich allein«. Genau dieses ist im durchschnittlichen Wohnungsbau bis heute nicht vorgesehen.

Neben androzentrischer Wohnarchitektur geriet ab den 1970er Jahren auch die Stadtplanung ins Visier feministischer Kritik. Damit frau sich aus ihrer Mühsal befreien und selbst berufstätig werden könne, brauche es nicht nur genügend Kindertagesstätten mit langen Öffnungszeiten, sondern ebenso kurze Wege zu Einkaufsmöglichkeiten, Gesundheitseinrichtungen, Spielplätzen und nicht zuletzt zum Arbeitsplatz. Heute zählt die Vereinbarkeit von Erwerbs- und so genannter »Versorgungsarbeit« zu einem der wichtigsten Ziele des Gender Mainstreaming im hiesigen Städtebau.

Gebaute Gewalt

Im gleichen Zeitraum, Ende der 1970er Jahre, kam auch der Topos von der Stadt als Tatort männlicher Gewalt auf. »Wir fordern die Nacht zurück«, lautete ein auf Demonstrationen vorgebrachter und an Häuserwände getagter Slogan. Trotz der Freiräume, die sich feministische Gruppen vielerorts erkämpft, besetzt oder gebaut haben, bleibt die angstfreie Stadt Utopie.

Das trifft vor allem dann zu, wenn man den Blick auf manche der ärmeren Stadtviertel der Welt richtet. Nach einem Bericht von Amnesty International[1] aus den Slums von Nairobi trägt die schwer erreichbare Infrastruktur, insbesondere bei Sanitäreinrichtungen, zu einem erhöhten Risiko bei, Opfer sexualisierter Gewalt zu werden. Ein weiter Weg zur Toilette oder zum Wasserholen kann vor allem nachts zur Gefahr werden. Aus Angst verzichten viele Mädchen und Frauen auf Nutzung der öffentlichen Einrichtungen und greifen stattdessen auf »flying toilets«, Platiktüten, zurück.

Für die Bewohnerinnen weltweiter Slumsiedlungen kann »gebauter Gewalt« nicht mit »Frauenparkplätzen« begegnet werden. Fehlende Beleuchtung in Straßen und auf öffentlichen Plätzen, schwer einsichtige U-Bahnhöfe und Gänge und ein schlechter Zugang zu öffentlichen Gebäude schränken die Mobilität und den Handlungsraum von Frauen in Großstädten massiv ein. Das schlägt sich direkt in ihrer ökonomischen Situation und der Wahrnehmung ihrer Interessen nieder. Viele Organisationen, wie das internationale Netzwerk »Women in Cities International«[2], schätzen die Planung einer sicheren Stadt, in der die Bedürfnisse von Frauen Berücksichtigung finden, als einen wichtigen Schritt für das Empowerment von Frauen ein. Hierfür ist der Einbezug feministischer Grassroots-Bewegungen auf Entscheidungsebene unerlässlich, wie die zahlreichen, vom UN-Habitat ausgezeichneten »Best Practice« Beispiele auf den Philippinen, in Costa Rica, Nepal oder Ruanda zeigen.

Partizipative Stadtplanung
Kennzeichen feministischer Architektur und Stadtplanung ist die Orientierung an konkreten Alltagsbedürfnissen. Sie bezieht im intersektionalen Querschnitt auch Kategorien wie Alter, Herkunft oder Behinderung mit ein und reicht damit über eine dichotome Betrachtung hinaus. Anstelle standardisierter Massenbauten setzt feministische wie auch die queere Architektur an der Pluralität von Lebensentwürfen an.

Wie kann Wohnraum jenseits der heteronormen Kleinfamilie gestaltet sein? Wie müssen Straßen, Plätze und öffentliche Gebäude entworfen werden, damit wirklich alle BewohnerInnen einer Stadt Zugang haben? Eine feministisch inspirierte Architektur fordert die Partizipation und Mitbestimmung aller NutzerInnen an Planungs- und Bauprozessen ein. Um die globale Frage nach der sozial-ökonomischen Segregation kommt sie dabei nicht vorbei.

[1] *www.amnesty.org/en/library/asset/AFR32/002/2010/en/12a9d334-0b62-40e1-ae4a-e5333752d68c/afr320022010en.pdf*

[2] *www.womenincities.org*

Literatur

- Heike Delitz / Joachim Fischer (Hg.) (2009): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld

- Susanne Frank (2002): Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 20. Jahrhunderts. Freiburg

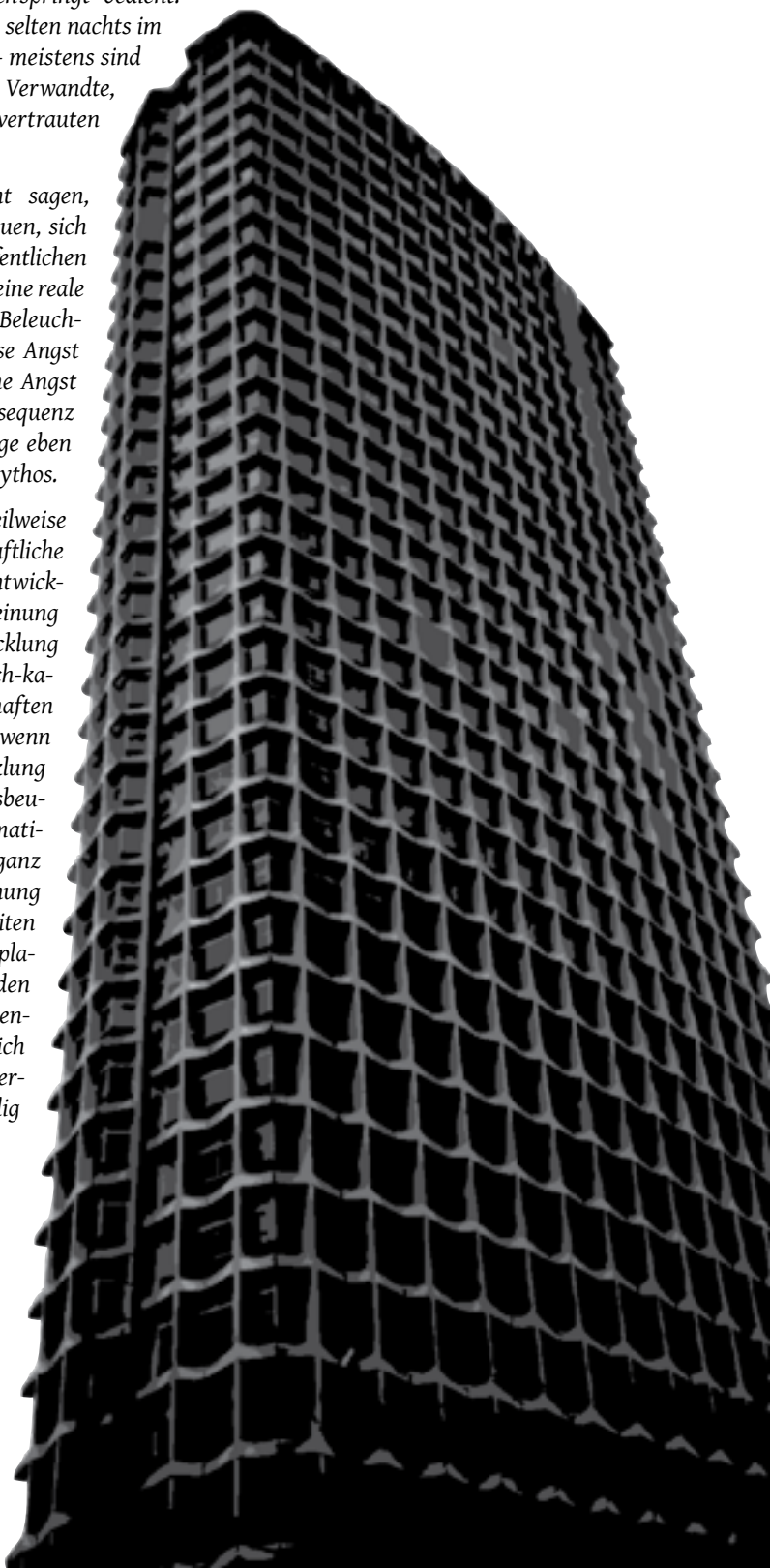
- Barbara Zibell (2006): From Outer space? Architektur und Gender Studies, in: Wolkenkuckucksheim, n°1

geklaut aus: iz3w nr. 332, Sept / Okt 2012

Anmerkungen der Redaktion:
Wir finden es schwierig, dass der Text den Vergewaltigungsmythos vom „unbekannten Mann, der aus dem Gebüsch springt" bedient. Vergewaltigungen finden selten nachts im öffentlichen Raum statt – meistens sind die Täter Bekannte oder Verwandte, die Taten passieren im vertrauten Umfeld der Betroffenen.

Wir wollen damit nicht sagen, dass die Angst vieler Frauen, sich nachts alleine im öffentlichen Raum zu bewegen, nicht eine reale Angst ist und dass mehr Beleuchtung in den Städten diese Angst nicht lindern könnte. Jene Angst ist jedoch nicht die Konsequenz der Realität, sondern Folge eben dieses Vergewaltigungsmythos.

Auch vermissen wir teilweise eine gesamtgesellschaftliche Einordnung der Stadtentwicklungsprozesse. Unserer Meinung nach kann die Entwicklung von Städten in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften nur verstanden werden, wenn eben auch die Entwicklung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse thematisiert werden. (Um's mal ganz platt zu sagen: Die Trennung von Wohnen und Arbeiten ist ja nicht von Städteplaner_innen erdacht worden weil's schöner für die Menschen ist, sondern weil sich ändernde Ausbeutungsverhältnisse dies notwendig machten.)



DER FEIND STEHT INNEN

Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts darf die Bundeswehr in Ausnahmefällen auch mit militärischen Mitteln Amtshilfe im Inneren leisten. Die Entscheidung folgt der Entwicklung der vergangenen Jahre.

Wohl selten hat ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts für so viel Verwirrung gesorgt. »Verfassungsgericht erlaubt Waffeneinsatz im Inland«, titelte Spiegel Online, während die Nachrichtenagentur Reuters am selben Tag verkündete: »Hürden für Bundeswehreinsatz im Inland erhöht«. Auch die Einschätzung der Parteien fiel ungewöhnlich unterschiedlich aus, nachdem die Verfassungsrichter und -richterinnen kürzlich ihre Entscheidung zum Bundeswehreinsatz im Inneren bekanntgegeben hatten. Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, nannte den Urteilsspruch einen »Türöffner zur weiteren Militarisierung der Innenpolitik und damit zur Aushebelung demokratischer Rechte«. Die Piratenpartei wiederum, die sich eigentlich für die Stärkung der Bürgerrechte einsetzen möchte, lobte das Urteil. »Bundesverfassungsgericht setzt Einsatz der Bundeswehr im Inneren enge Grenzen«, lautet die Überschrift der Pressemitteilung, in der der Beschluss als »schallende Ohrfeige für die Bundesregierung« bezeichnet wird. Doch unter Anhängern der Partei stieß diese Reaktion auf Unverständnis: »Spinne ich? Unsere Rechtsabteilung könnte von der CSU sein«, schrieb ein User unter dem Namen Hoschi in einem Kommentar auf der Homepage der Partei. Nutzer Jacky Neiwel drückte es an gleicher Stelle noch prägnanter aus: »Das fickt jetzt schon 'n bissl meinen Kopf.«

Was da im Gehirn eines Anhängers der Piratenpartei rumort, ist die Tatsache, dass sich im Urteil der Karlsruher Richter verschiedene Ebenen überlagern. Zum einen wurde vom Gericht klargestellt, dass der Abschuss von Passagiermaschinen auch weiterhin nicht von der Verfassung gedeckt ist und daher kein legales Mittel der Terrorabwehr darstellt. Die rot-grüne Bundesregierung hatte auf Betreiben des damaligen Innenministers Otto Schily (SPD) diese Möglichkeit im Luftverkehrsgesetz festschreiben lassen. Dass es Sozialdemokraten und Grüne waren, die solche Inlandseinsätze der Bundeswehr ermöglichen wollten, wird in der gegenwärtigen Diskussion gerne verdrängt. Das Bundesverfassungsgericht machte zudem eine Einschränkung: Nicht der Verteidigungsminister, wie im Luftverkehrsgesetz festgelegt, sondern einzig und allein die Bundesregierung kann über Einsätze der Bundeswehr im Inneren entscheiden.

Zum anderen jedoch – und das ist der entscheidende Punkt des Beschlusses – interpretiert das Gericht das Grundgesetz so, dass der Einsatz »spezifischer militärischer Waffen« im Falle eines Zwischenfalls »katastrophischen Ausmaßes« nicht ausgeschlossen sei. Das ist ein Novum, da das Militär nach bisheriger Auslegung den Ordnungsbehörden nur unterstützende Amtshilfe ohne Waffenanwendung leisten durfte. Zu Recht wird vielfach kritisiert, dass diese Interpretation des Gerichts einer Verfassungsänderung gleichkommt, die erst vor vier Jahren im Bundestag gescheitert war. Damals wollte die Große Koalition unter Federführung von Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) genau jenen Einsatz militärischer Mittel durch eine Änderung des Artikels 35 des Grundgesetzes ermöglichen. Die Mehrheit der SPD-Fraktion lehnte den Vorschlag ab und beendete damit vorerst die Diskussion. Durch die neue Auslegung des Grundgesetzes bedarf es dieser Verfassungsänderung gar nicht mehr.

Im Urteil wird explizit darauf hingewiesen, dass »demonstrierende Menschenmengen« keinen schweren Unglücksfall darstellen und somit nicht den Einsatz der Bundeswehr rechtfertigen. Auch dann nicht, wenn »Gewalttätigkeiten oder Unruhen drohen sollten, die in ihren Folgen das Ausmaß besonders schwerer Unglücksfälle erreichen«, oder wenn von ihnen eine »Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes« ausgeht. Ebenso sei der Einsatz militärischer Mittel als »Droh- oder Einschüchterungspotential« nicht von der Verfassung gedeckt. Diese Einschränkungen stellen jedoch kaum eine Garantie dar, dass das Militär nicht doch zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt wird. Schließlich erlaubt das Grundgesetz seit den Notstandsgesetzen von 1968 in Artikel 87a, Absatz 4, den Einsatz der Streitkräfte zur »Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer«. Bis zum jüngsten Urteil aus Karlsruhe war ihnen dabei jedoch die Anwendung militärischer Mittel untersagt. Wie schnell ein kleiner Kreis sich politisch betätigender Menschen zu einer terroristischen Gefahr erklärt werden kann, hat die Bundesstaatsanwaltschaft in verschiedenen 129a-Verfahren gegen Linke bereits eindrücklich bewiesen.

Der Rechtsstaat und die demokratischen Rechte sind aber nicht erst seit

dem neuen Urteil in Gefahr, wie manche Kommentare nun Glauben machen wollen. Schließlich werden Bürgerrechte seit Jahren stetig abgebaut, die Überwachungs- und Repressionsmöglichkeiten der Polizei werden immer umfangreicher. Das Auftreten vermummter paramilitärischer Polizeieinheiten und die vielfältigen Schikanen bei Protesten haben das Demonstrationsrecht längst beschnitten. Die Polizeibehörden sind mehr als ausreichend ausgerüstet und vorbereitet, um jeglichen Protest zu unterbinden, sei er noch so groß oder gar militant. Dafür wird auch in Zukunft die Bundeswehr nicht nötig sein. Dies ändert nichts an dem Skandal, den das Urteil aus rechtsstaatlicher Sicht bedeutet. »Zwar wird die Bundeswehr nicht morgen auf die eigene Bevölkerung losgehen, aber die verfassungsrechtliche Grenze, die dies bislang eindeutig verhindert hat, ist durchbrochen worden«, schreibt das Komitee für Grundrechte und Demokratie in einer Pressemitteilung.

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ist Ausdruck einer Entwicklung, die im Zeichen einer fortschreitenden autoritären Formierung von Staat und Gesellschaft steht. Heribert Prantl, die Moralkeule der Süddeutschen Zeitung, skandalisiert in einem Kommentar die »Katastrophenentscheidung« und schreibt, dass das Gericht mit der republikanischen Tradition »Kein Bundeswehreinsatz im Inneren« gebrochen habe. Doch diese Aufregung geht an der bundesdeutschen Realität vorbei. Seit Jahren werden Soldaten und Soldatinnen im Rahmen der sogenannten Amtshilfe auf vielfältige Weise im Inland eingesetzt. Während es 1999 noch eine Amtshilfemaßnahme gab, waren es 2008 bereits 30. Bekanntlich wurden auch während der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm Spähpanzer, Tornado-Kampfflugzeuge sowie 2450 Soldaten der Bundeswehr eingesetzt. Selbst dieser – auch nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes – offensichtliche Verstoß gegen das Grundgesetz hatte keinerlei Konsequenzen.

Auch in anderer Hinsicht macht sich die Bundeswehr immer mehr im öffentlichen Leben breit: Allein 2008 wurden ihre Dienste 78 Mal im Rahmen von »Unterstützungsleistungen für Dritte« in Anspruch genommen, im gleichen Jahr wurde ihr für eigene Veranstaltungen in 900 Fällen das Hausrecht in zivilen oder gar öffentlichen Einrichtungen übertragen. Dazu kommen Werbeveranstaltungen der Armee in Schulen, Auftritte von Militärkapellen, Studiengänge der Bundeswehr und Imagekampagnen. Auf vielfältige Weise wird versucht, das Auftreten der Armee im öffentlichen Leben zur Normalität werden zu lassen. Wegen der Aussetzung der Wehrpflicht muss sich die Bundeswehr nun darum kümmern, Nachwuchs zu finden, der sich freiwillig in Uniformen stecken und drangsalieren lässt. Sie ist somit noch stärker als früher auf die Akzeptanz in der Bevölkerung angewiesen.

Angesichts dieser Entwicklung ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verheerend. Die treffendste Kritik an ihm wurde im Anhang gleich mitgeliefert. »Im Schatten eines Arsenals militärischer Waffen kann freie Meinungsäußerung schwerlich gedeihen«, schreibt der Verfassungsrichter Reinhard Gaier in der Begründung, warum er als Einziger gegen das Urteil gestimmt hat. Das Grundgesetz sei »eine Absage an den deutschen Militarismus« gewesen, der »Ursache für die unvorstellbaren Schrecken und das millionenfache Sterben in zwei Weltkriegen war«. Da der Bundeswehreinsatz im Inneren »mit besonderen Gefahren für Demokratie und Freiheit« verbunden sei, müsse sichergestellt werden, dass Streitkräfte »niemals als innenpolitisches Machtinstrument eingesetzt werden«. Diesbezüglich habe das Plenum versagt und stattdessen »für einen kaum messbaren Nutzen fundamentale Grundsätze aufgegeben«, befand Gaier. Diese Stelle haben die begeisterten Piraten offenbar nicht gelesen.

Aus: Jungle World 35/2012

Die AKP-Diktatur und die kurdische Frage

Die Entwicklungen der letzten zwei Monate in der Türkei und Nordkurdistan waren gekennzeichnet von zunehmenden Militäroperationen, den KCK-Verfahren, der anhaltenden Isolationsfolter gegen den Repräsentanten des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan. Kurzum, von der lösungslosen Politik der türkischen Regierung in Bezug auf die kurdische Frage. Des Weiteren bestimmten die Auseinandersetzungen in Syrien sowie die Entwicklungen im syrischen Teil Kurdistans, in Westkurdistan, die politische Tagesordnung.

Die Militäroperationen weiteten sich ab Juni auf alle Regionen des türkischen Nordkurdistan aus. Folglich nahmen die Gefechte und die Verluste auf beiden Seiten zu. Gegen diese vermehrten Militäroperationen des türkischen Staates verstärkte die kurdische Guerilla ihre Straßenkontrollen und militärischen Aktivitäten. So führten Guerilla-Einheiten am 19. Juni 2012 einen großangelegten Angriff auf eine Militärstation im Dorf Şitîzan (Kızıltaş), Kreis Colemêrg-Gever (Hakkâri-Yüksekova), durch. Dabei verloren nach Angaben der Volksverteidigungskräfte (HPG) annähernd 100 türkische Soldaten und 7 GuerillakämpferInnen ihr Leben. In diesem Zusammenhang wurden von der Guerilla auch 4 Sikorsky-Helikopter abgeschossen. (Diese Angaben sollen nicht den Krieg verherrlichen, sondern auf die Dimension der Gewalt und deren Opfer hinweisen.) Die HPG erklärten, mit dem Angriff von Şitîzan sei die Phase revolutionärer Operationen begonnen worden und sie würden nicht aus der Region abziehen. Weitere Operationen, Angriffe und Gefechte folgten.

Am 23. Juli standen einige Straßen und Gebiete in Şemzînan (Şemdinli) unter der Kontrolle der Guerilla. Daraufhin erklärten die HPG wiederum, eine neue Operationsphase mit dem Ziel begonnen zu haben, Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen und auch zu halten. In den folgenden Tagen meldeten sie, ihre revolutionären Operationen auch auf Gever (Yüksekova) und Çelê (Çukurca) ausgeweitet zu haben. Tatsächlich finden seit dem 23. Juli in den ländlichen Gebieten dieser drei Regionen täglich Militäroperationen statt, eine Art Stellungskrieg wird geführt. Nach lokalen Informationsquellen hat der Staat die Kontrolle über diese Gebiete verloren. Der Zugang zu den dortigen Militärstationen ist auf dem Boden kaum möglich, daher wird der Kontakt über den Luftweg gehalten. Nach dem Verlust der Kontrolle über diese Regionen griff der türkische Staat auf Methoden zurück, die in den 90er Jahren gängig gewesen waren: Zwangsumsiedlungen mit der Absicht, die Dörfer zu entvölkern, sowie bestimmte Gegenden zu Sperrgebieten zu erklären.

Weiterführende Links:

Informationsstelle Kurdistan e.V.
www.isku.org

Kampagne TATORT Kurdistan
tatortkurdistan.blogsport.de

Seit dem 23. Juli sind bereits Dutzende Dörfer entvölkert, die Garten-, Land- und Ackerflächen der DorfbewohnerInnen zerstört und verbrannt worden. Durch den Einsatz von Brandbomben kommt es zu Waldbränden. Die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) agiert dort nach der Logik: „Was uns nicht gehört, soll auch niemand anderem gehören." Die Region soll aus der Luft und vom Boden aus beschossen und zerstört werden.

Im zivilen Bereich haben in den vergangenen zwei Monaten die seit drei Jahren anhaltenden politischen Operationen, die sogenannten KCK-Operationen, gegen kurdische PolitikerInnen, NGO-VertreterInnen, AktivistInnen sowie gegen Mitglieder unterschiedlicher Berufsverbände nichts von ihrem Tempo verloren. Ein kurzer Rückblick: Die sogenannten KCK-Operationen, benannt nach der ausnahmslos allen Betroffenen vorgeworfenen Mitgliedschaft in der oder Betätigung für die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), begannen am 14. April 2009 und richteten sich anfangs gegen VertreterInnen und PolitikerInnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP). Später wurden sie auf andere zivilgesellschaftlich und berufsverbandlich Organisierte ausgeweitet. Im Zuge dieser Operationen sind bislang annähernd 10 000 Menschen, unter ihnen Abgeordnete, BürgermeisterInnen und andere KommunalpolitikerInnen, AkademikerInnen, SchriftstellerInnen, AnwältInnen, JournalistInnen, GewerkschaftlerInnen, SchülerInnen und StudentInnen festgenommen und zu einem großen Teil in Haft behalten worden. Alle diese Menschen werden des Terrorismus beschuldigt, obwohl niemand von ihnen in Gewaltaktionen verwickelt war und nicht einmal ein Messer sichergestellt werden konnte.

Jüngst war die Konföderation von Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (KESK) das Angriffsziel. In den frühen Morgenstunden des 25. Juni wurden ihre Zentrale und zahlreiche Nebenstellen zeitgleich durchsucht und insgesamt 58 Personen, unter ihnen auch der KESK-Vorsitzende Lami Özgen, festgenommen. Die Erklärung des KESK-Generalsekretärs Ismail Hakkı zu diesen Operationen war äußerst aufschlussreich: „Alle unsere festgenommenen FreundInnen kennzeichnen zwei Eigenschaften: Erstens waren es die fleißigsten KollegInnen, zweitens sind sie alle KurdInnen." Egal wo die Polizeioperationen durchgeführt werden, die eigentliche Zielgruppe sind die KurdInnen.

Am 2. Juli 2012 begann dann schließlich in Silivre nach langen Haftzeiten der Prozess gegen 205 Angeklagte im Istanbuler KCK-Hauptverfahren, unter ihnen Führungskräfte der BDP, WissenschaftlerInnen, SchriftstellerInnen, JournalistInnen. Viele internationale ProzessbeobachterInnen waren anwesend. Auch dieser Prozessauftakt war dadurch gekennzeichnet, dass dem Antrag der Angeklagten auf Verteidigung in ihrer Muttersprache vom Gericht nicht stattgegeben wurde. Nur einzelne Angeklagte äußerten sich auf Türkisch, weil es ihre Muttersprache ist. Nach einer Prozesswoche wurden einige wenige freigelassen, aber keine, die ihre Verteidigung auf Kurdisch beantragt hatten.

Ein weiterer absurder KCK-Prozess – gegen insgesamt 50 AnwältInnen, von denen 37 seit längerem im Gefängnis sitzen – begann vom 16. bis 18. Juli in Istanbul. Dessen Besonderheit ist die Gemeinsamkeit aller in diesem Verfahren Angeklagten, dass es sich bei ihnen um VerteidigerInnen von Abdullah Öcalan handelt. Sie alle haben ihn zu unterschiedlichen Zeiten auf der Gefängnisinsel Imralı getroffen und ihn juristisch vertreten. Auch hier lautet die Anschuldigung auf „Mitgliedschaft und Führungsfunktion in einer terroristischen Organisation". Dieser Prozessauftakt wurde von annähernd 1000 JuristInnen aus der Türkei sowie Hunderten aus dem Ausland verfolgt. Auch hier entfachte sich der Streit um das Recht auf Verteidigung in der Muttersprache.

Die von der BDP und dem Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) für den 14. Juli 2012 in Amed (Diyarbakır) geplante Großkundgebung, mit der gegen die verschärfte Isolationshaft des kurdischen Volksrepräsentanten Abdullah Öcalan protestiert und die Forderung nach einer Lösung für die kurdische Frage auf der Grundlage der Demokratischen Autonomie bekundet werden sollte, war ja nach anfänglicher Genehmigung vom Gouverneur drei Tage vorher verboten worden. Die kurdische Bevölkerung beugte sich diesem Verbot nicht und ging trotzdem auf die Straße. An diesem Tag war die Stadt von Polizei und Militär belagert, denn tausende Sicherheitskräfte waren aus anderen Städten nach Amed berufen worden und gingen mit verschärfter Gewalt gegen die DemonstrantInnen vor. Amed verwandelte sich an diesem Tag regelrecht in einen Kriegsschauplatz. Die Polizei terrorisierte die Stadt, setzte massenhaft Pfeffergas ein. Infolge der Angriffe wurden Hunderte von Menschen, unter ihnen auch Abgeordnete und BürgermeisterInnen der BDP, verletzt. Der Abgeordneten von Îdir (Iğdır), Pervin Buldan, wurde mit einer gezielt geschossenen Gaskartusche das Bein gebrochen. Gleichzeitig wurden Hunderte festgenommen und verhaftet. All das ist die Praxis einer Politik der AKP, um mit allen Mitteln die BDP politisch zu isolieren. Wäre die Kundgebung nicht verboten gewesen und hätte das nicht zu diesen Ausschreitungen geführt, dann hätten Hunderttausende friedlich und kraftvoll ihre Botschaft vermittelt. Aber genau das sollte unterbunden werden, die Stärke der BDP sollte nicht zum Vorschein kommen.

Der kurdische Volksrepräsentant Abdullah Öcalan wird seit 13 Jahren und 6 Monaten allein in einer Zelle im F-Typ-Hochsicherheitsgefängnis auf der Gefängnisinsel Imralı gehalten. Von 1999 bis 2009 war er dort der einzige Insasse gewesen, dann wurden fünf weitere Gefangene auf die Insel verlegt. Er verbringt die Zeit, bewacht von mehr als 1000 auf der Insel stationierten Soldaten, in Isolationshaft. Das Imralı-Gefängnis unterscheidet sich von allen anderen, weil es einem Sonderstatut unterliegt. Öcalan und die anderen fünf Imralı-Insassen genießen nicht die Rechte, die anderen Gefangenen zustehen. Bis heute wurde ihm so z. B. kein Fernsehen zugestanden. Trotz der Berichte des Antifolterkomitees des Europarates (CPT) und seiner Forderungen nach Verbesserung der Haftbedingungen ist in dieser Richtung bislang nichts unternommen worden. Mit Sonderbefugnis der Regierung werden nun seit über einem Jahr die Isolationshaftbedingungen noch weiter verschärft. Seit dem 27. Juli 2011 verhindert die Regierung willkürlich, dass Abdullah Öcalan sein Recht auf Konsultation mit seinen RechtsvertreterInnen wahrnimmt oder Besuch von seinen Familienangehörigen erhält. Alle Besuchsanträge (bislang über 100) der AnwältInnen werden mit unseriösen und haltlosen Begründungen wie „defektes Boot“ oder „zu schlechtes Wetter“ indirekt abgelehnt. Folglich ist Öcalan mit den weiteren fünf Gefangenen auf Imralı seit über einem Jahr völlig von der Außenwelt abgeschnitten und seitdem gibt es keinerlei Informationen über sie. So wie das ungerechte und rechtswidrige Verhalten der türkischen Regierung hält auch das Schweigen der internationalen Institutionen an.

Die Entwicklungen im Nachbarland Syrien sind ebenfalls von Bedeutung. Seit über 17 Monaten hält der Aufstand gegen die Baath-Diktatur an. Der Freiheitskampf des Volkes in Syrien ist legitim. Auch die KurdInnen haben unter diesem Regime viel Leid erfahren müssen und beteiligen sich an diesem Kampf seit dessen Beginn überwiegend friedlich. Die anhaltenden Auseinandersetzungen scheinen das Regime geschwächt zu haben, gegenwärtig hat es Schwierigkeiten, manche Regionen – kurdische Gebiete sind ebenfalls darunter – zu kontrollieren. Die KurdInnen haben die Situation als Chance begriffen und einige Städte in Südwestkurdistan unter ihre Kontrolle gebracht. Als weiterer wichtiger Schritt der kurdischen Opposition gilt die Gründung des „Kurdischen Hohen Rates“ am 24. Juli, in dem alle kurdischen Gruppen in Syrien vertreten sind. Auf ihre Bekanntgabe hin gingen in ganz Südwestkurdistan hunderttausende KurdInnen auf die Straßen, um sie zu feiern. Die stärkste kurdische Partei in Südwestkurdistan, die Partei der Demokratischen Einheit (PYD), ist ebenfalls in diesem Bündnis vertreten. Die Tatsache, dass die KurdInnen ihre eigene Selbstverwaltung aufbauen, widerstrebt am meisten der Türkei. Deren Regierungs- und Par-

teirepräsentantInnen, allen voran Ministerpräsident Erdoğan und Staatspräsident Gül, legen eine hysterische KurdInnenfeindschaft an den Tag und geben äußerst harte und bedrohliche Erklärungen ab. Als Reaktion auf die Entwicklungen im syrischen Teil Kurdistans hat die Türkei militärische Belagerungsposten nahe den kurdischen Gebieten errichtet. Über die Medien wird eine umfassende antikurdische Hetzkampagne geführt.

Für die KurdInnen sind solche Kampagnen der türkischen Regierungen nichts Neues. Anlässlich prokurdischer Entwicklungen im Nachbarland Irak reagierten die damaligen türkischen StaatsvertreterInnen vor Jahren ähnlich. Bekanntlich betrachtet die Türkei jegliche kurdische Errungenschaft als Bedrohung und bekämpft sie entsprechend. Was momentan im Hinblick auf Syrien geschieht, ist dasselbe. Sie erklären, die PYD stehe der PKK nahe und sie würden in keinster Weise eine irgendwie geartete Vertretung dieser Partei im (neuen syrischen) System akzeptieren. In diesem Zusammenhang reiste der türkische Außenminister Davutoğlu mit einer großen Delegation in das südkurdische Hewlêr (Arbil). Er traf den Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan, Mesud Barzani, VertreterInnen der Regionalregierung und einiger südwestkurdischer Parteien, außer der PYD. Ihr Ziel war es, die neu proklamierte kurdische Einheit zu sprengen, was dort zu einer gewissen Krise führte. Doch aufgrund eines umsichtigen Verhaltens der PYD und der anderen kurdischen Parteien scheiterte das Vorhaben Davutoğlus vorerst. Die Drohungen und Absichten der Türkei in dieser Richtung halten aber noch immer an.

Die AKP-Regierung hatte sich zu Beginn ihrer Amtszeit auf die Werte Recht, Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheiten bezogen und auf diese Weise auch Hoffnungen geweckt. Aber sobald es um die kurdische Sache geht, unterscheidet sich ihre Politik in keinster Weise von der ihrer Vorgängerregierungen, und die aufgelisteten Werte verlieren ihre Bedeutung. Sie hat sich im Allgemeinen immer mehr von diesen Werten und Begriffen entfernt, je stärker sie ihre Macht ausgeweitet hat. Sie sind nur dann DemokratInnen, wenn es ihnen in den Kram passt. Ministerpräsident Erdoğan duldet keinerlei Kritik. Seine Äußerungen aus der jüngsten Zeit sind schockierend. Von denjenigen JournalistInnen, die ihn kritisiert haben, wurden diejenigen mit kurdischem Hintergrund größtenteils ins Gefängnis gesteckt, diejenigen türkischer Provenienz überwiegend entlassen. Oppositionelle und JournalistInnen werden mit Namen und Foto in systemtreuen Presseorganen öffentlich gemacht und zur Zielscheibe erklärt.

Mit welcher Mentalität wir es zu tun haben, soll folgendes Beispiel illustrieren: Der türkische Innenminister Idris Naim Şahin äußerte angesichts der Gefechte in Colemêrg (Hakkari) Anfang August: „Die außerordentliche Tagesordnung des Landes ist nicht nur auf die militärischen Auseinandersetzungen zu begrenzen. Diese Gefechte finden in Istanbul ihre Fortsetzung in Schriftwerken. Die Mörsergranaten, die auf Geçimli [Polizeistation, die am 4. August von der Guerilla angegriffen wurde] abgefeuert wurden, unterscheiden sich nicht von den Zeitungsartikeln, die hier in Ankara geschrieben werden.“ Wie können sich die BürgerInnen eines Landes sicher fühlen, wenn ein solcher Innenminister die Sicherheit gewährleisten soll? Die Bewertung überlasse ich den LeserInnen.

Der kurdischen Karte kommt im Hinblick auf die Entwicklungen in der Türkei und in der Region immer mehr Bedeutung zu. Ein Erstarren in antikurdischer Politik hat bislang keiner Regierung der Türkei Nutzen gebracht, geschweige denn dem Lande selbst. Immer mehr KolumnistInnen und ExpertInnen erklären, dass die Türkei mit ihrer bisherigen KurdInnenpolitik regional nicht in der Lage sein wird, eine positive Rolle zu spielen. Die KurdInnen als die lokalen VerliererInnen nach dem Ersten Weltkrieg werden die GewinnerInnen von heute sein. Die politischen und militärischen Fähigkeiten, die sie heute zeigen, beweisen deutlich, dass sie entschlossen sind, aus der Neuordnung der Region als ein Volk mit Status hervorzugehen. Wer diese Realität ignoriert und dieser Entwicklung mit aller Kraft entgegenzutreten versucht, wird die Chance nicht genutzt haben und sich zunehmend zu einer reaktionären Kraft entwickeln, die selbst ein Hindernis in der Region darstellt.

Aus: Kurdistan Report Sept./Okt. 2012

AUF DER FLUCHT UND IN DER OFFENSIVE

Die Flüchtlingsproteste in Deutschland sind so stark und radikal wie nie. Hinsichtlich der staatlichen Flüchtlingspolitik sind jedoch schon länger einige Verbesserungen zu verzeichnen.

Das hat es seit elf Jahren nicht gegeben: Über den »Protestmarsch der Asylbewerber« berichtete, durchaus wohlwollend, am Freitag voriger Woche sogar die Tagesschau in ihrer 20-Uhr-Ausgabe, direkt nach der Eurokrise. Seitdem das No-Border-Camp im Juli 2001 den Frankfurter Rhein-Main-Flughafen blockiert hatte, waren inländische Flüchtlingsproteste nicht mehr so prominent in deutschen Medien vorgekommen. Fast alle überregionalen Zeitungen und viele Fernsehsender haben über die Aktionen berichtet, mit denen Flüchtlinge und Geduldete für bessere Lebensbedingungen kämpfen. Als die Marschierer am Freitag nach 600 Kilometern Berlin erreichten, war der Jubel über die öffentliche Aufmerksamkeit auf den einschlägigen Mailinglisten groß. Dass die Wahrnehmungsschwelle der Mainstream-Medien überwunden werden konnte, ist weder Glück noch Zufall: Die Intensität und der Organisationsgrad der gegenwärtigen Proteste gehen über alle früheren Aktionen weit hinaus. Einen so lange anhaltenden und radikalen Kampfzyklus hat die Flüchtlingsbewegung in Deutschland noch nicht zuwege gebracht.

Nachdem sich am 29. Januar der Iraner Mohammad Rahsepar in einem Asylbewerberheim in Würzburg – untergebracht in der ehemaligen »Adolf-Hitler-Kaserne« – umgebracht hatte (Jungle World 18/12 und 32/12), kam es zunächst in Bayern zu einer Vielzahl von Flüchtlingsprotesten. Schon seit Jahren hatte es vor allem in Bayern immer wieder Aktionen gegen die Unterbringung in den abgelegenen, heruntergekommenen, überfüllten Lagern, gegen die Residezpflicht und die Ausgabe von Lebensmittelpaketen statt Bargeld gegeben. Doch die waren nach einer gewissen Zeit immer wieder abgeebbt und Bayerns CSU-Sozialministerin Christine Haderthauer war stets hart geblieben. »Mehr als zwei Drittel der Asylantragsteller missbrauchen unser Gastrecht. Wem es hier nicht passt, der kann ja wieder gehen«, mit diesen und ähnlichen Worten hatte Haderthauer es wiederholt abgelehnt, Forderungen der Flüchtlinge zu erfüllen.

Doch nach dem Tod Rahsepars mochten diese nicht mehr nachgeben. Für sie war klar: Das Lagersystem, das sie alle quält, hatte den labilen Rahsepar in den Suizid getrieben. »Wir leiden unter dem langwierigen, Jahre anhaltenden Prüfungsprozess unserer Asylanträge und hoffen jeden Tag darauf, dass sich diese Folter der Ungewissheit schnellstmöglich zum Besseren wendet. Diese Ungewissheit und dass uns keinerlei Selbständigkeit im Alltag gewährt wird, wir außerdem wie Gefangene gehalten werden, zermürbt uns und treibt uns Schritt für Schritt in den Tod«, mit diesen drastischen Worten wandten sie sich im März an die Öffentlichkeit. Zunächst in Würzburg und dem fränkischen Aub bauten sie Zelte für Dauermahnwachen in Innenstädten auf. Sie nähten sich ihre Münder zu und erstritten vor Gericht das Recht, so zugerichtet in der Fußgängerzone zu sitzen. Monatelang nahmen sie keine feste Nahrung zu sich. Ihr Eskalationswille machte sie schnell in ganz Deutschland bekannt. In kurzer Zeit schlossen sich Flüchtlinge in weiteren Städten an.

Dabei konnten sie ein Netz von Kontakten nutzen, das seit Mitte der neunziger Jahre existiert. Damals haben sich erstmal Asylbewerber in Deutschland zusammengeschlossen, Vorreiter waren afrikanische Flüchtlinge in ostdeutschen Lagern. Sie gründeten im thüringischen Jena das »Voice Refugee Forum«, 1998 entstand die bundesweite Schwesterorganisation »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen«. Die autonome Linke und die Flüchtlingsräte solidarisierten sich schnell mit ihnen, das Verhältnis blieb jedoch nie frei von Spannungen: Wäh-

rend vielen Deutschen der teils orthodoxe Internationalismus und Antiimperialismus der Flüchtlingsorganisationen fremd blieb, waren die Flüchtlinge stets bestrebt, von den deutschen Unterstützern nicht paternalistisch vereinnahmt zu werden. Dies verhinderte eine schlagkräftige gemeinsame Organisation, auch wenn im Laufe der Jahre eine ganze Reihe von gemeinsamen Kampagnen entstanden. Mehrheitlich blieben die Aktionsformen jedoch entweder deutsch (etwa die Deportation-Class-Kampagne oder die Grenz- bzw. No-Border-Camps) oder migrantisch (etwa die Kampagnen gegen Botschaftsvorführungen oder für die Aufklärung des Todes von Oury Jalloh). Die verschiedenen Fraktionen der antirassistischen Bewegung agierten oft neben- statt miteinander. Nun aber scheint es, als habe mit dem Marsch und der »Tent Action« die gesamte Szene endlich das gefunden, wonach sie seit über zehn Jahren gestrebt hatte: einen gemeinsamen bewegungspolitischen Fixpunkt.

Das ist vor allem einer Gruppe junger Iranerinnen und Iraner zu verdanken, die die derzeitige Protestwelle entscheidend prägen. Viele von ihnen sind kaum älter als Mitte 20 und haben sich in der »Grünen Bewegung«, den iranischen Oppositionsprotesten gegen die Wahlfarce im Jahr 2009, radikalisiert. Nach ihrer Flucht nach Deutschland landeten sie in nordbayerischen Sammelunterkünften, ihre Anerkennung als politische Flüchtlinge ließ das Bundesamt lange offen. Zur Begründung ihres Hungerstreiks schrieben sie: »Wir deuten die Untätigkeit der für unsere Asylanliegen verantwortlichen politischen Kräfte als Duldung der Handlungen des faschistischen iranischen Regimes. Wir möchten betonen, dass unsere Entscheidung weder als Heldentum verstanden werden noch Selbstmordabsichten zum Ausdruck bringen soll.« Aus dem Duktus der Zeilen spricht die Verbindung ihrer linksradikalen Haltung mit den noch frischen politischen Erfahrungen in ihrem Herkunftsland. Das unterscheidet sie von vielen anderen Flüchtlingsaktivisten in Deutschland, die oft erst hier, als Reaktion auf die Isolation und Entrechtung in Deutschland, politisch aktiv wurden.

So ist zu erklären, dass sich die Flüchtlingskämpfe ausgerechnet am Ende einer fast 20 Jahre dauernden Eiszeit in

Sachen Asylpolitik in Deutschland radikalisieren. Seit dem »Asylkompromiss« 1993 ging es mit den Flüchtlingsrechten kontinuierlich abwärts. Lange konnten die Kämpfe von The Voice, der Karawane, von Flüchtlingsräten und deutschen Grenzregime-Gegnern zwar immer wieder Abschiebungen stoppen und Öffentlichkeit für bestimmte Themen herstellen, am politischen Trend änderte sich jedoch nichts. Seit einiger Zeit sind nun eine Reihe von Verbesserungen in fast allen Bereichen zu verzeichnen, gegen die sich der Protestmarsch richtet. Die europaweit einmalige Residenzpflicht etwa, die es Flüchtlingen verbietet, den ihnen zugewiesenen Bereich ohne kostenpflichtige Sondererlaubnis zu verlassen, wurde gelockert: In sieben Flächenländern ist die Bewegungsfreiheit nicht mehr auf den Landkreis, sondern nur noch auf das Bundesland beschränkt, dasselbe gilt ohnedies für Stadtstaaten. Thüringen hat 2010 eine etwas bizarre Zwischenlösung eingeführt, die sich nicht lange halten dürfte. Mittelfristig könnte die ganze schikanöse Regelung kippen.

Auch das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz steht möglicherweise vor dem Aus. Im Juli entschied das Bundesverfassungsgericht, dass Geduldete und Asylbewerber bei den Sozialleistungen gleichgestellt werden müssen. Demnächst wird das Bundessozialministerium einen Vorschlag für neue Sätze vorlegen, es wird erwartet, dass sich diese in etwa auf Hartz-IV-Niveau befinden werden. Die rot-grün regierten Bundesländer Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz wollen das Gesetz gleich ganz kippen – das hätte für sie auch noch den Vorteil, dass der Bund sich erstmals an den Leistungen beteiligen müsste. Es ist durchaus vorstellbar, dass so auch die in manchen Ländern wie Baden-Württemberg, Bayern oder Brandenburg gängige bevormundende Praxis der Ausgabe sogenannter Sachleistungen – Gutscheine oder gar fertige Lebensmittelpakete – statt Bargeld ein Ende findet.

Die Heimunterbringung, die viele Flüchtlinge als besonders belastend beschreiben, ist ebenfalls rückläufig. Viele Jahre hatten die Gemeinden, Landkreise und anderen Gebietskörperschaften auf den Heimen bestanden, um die Flüchtlinge zu isolieren und ihren Aufenthalt in Deutschland möglichst unattraktiv zu machen. Dafür waren sie bereit, den meist privaten Betreiberfirmen mehr zu zahlen, als den Flüchtlingen bei regulärem Hartz-IV-Bezug an Mietzuschuss zugestanden hätte. Diese Bereitschaft schwindet: Bundesweit gehen immer mehr Kommunen zur günstigeren sogenannten dezentralen Unterbringung über. Doch die Verbesserungen sind nicht überall gleichermaßen zu spüren. Und gerade Bayern scheint sich auf die Rolle des Hardliners festgelegt zu haben.

Auch wenn noch unklar ist, wie die Protestaktionen konkret weitergehen – was sie grundsätzlich wollten, hätten die Flüchtlinge bereits entschieden, schreibt der Sprecher des Protestmarsches, der Iraner Ashkan Khorasani: Sie wollten »so lange in Berlin bleiben, bis wir mit vereinten Kräften die jahrzehntelangen Kämpfe um menschenwürdige Asylrechte zu ihrem langersehnten Ziel führen«.

geklaut aus : jungle world nr.41/12

MARSCH OHNE MANAGER

Nach 28 Tagen Fußmarsch von Würzburg aus ist die Flüchtlingskarawane am Wochenende in Berlin angekommen. Die Asylsuchenden wollen gegen die Residenzpflicht und andere rassistische Schikanen demonstrieren und zunächst am Oranienplatz in Kreuzberg ausharren.

Auf den letzten Kilometern des Protestmarsches herrscht eine noch ausgelassenere und fröhlichere Stimmung als sonst. Kein Wunder: Nach 28 Tagen und 600 Kilometern ist das Ziel fast erreicht. »Endlich in Berlin!« freut sich auch Ali Reza Mirzai, während der Zug die U-Bahn-Station Kottbusser Tor passiert. Rund 20 Kilometer sind er und die anderen 50 Demonstranten jeden Tag gelaufen, auf dem Weg von Würzburg nach Berlin.

»Das ist auf die Dauer schon sehr anstrengend«, gibt er zu, während hinter ihm eine Trommelgruppe die letzte Etappe begleitet. Zumal es mit der Wanderung selbst nicht getan war: Hinzu kamen Demonstrationen und Protestaktionen in größeren Orten sowie der Besuch abgelegener Asylbewerberheime auf dem Weg, um bei anderen Flüchtlingen Werbung für den Protest zu machen. Trotz der Strapazen lässt der 19jährige Firoz Safi, der fast ein Jahr im fränkischen Aub im Flüchtlingsheim verbracht hat, jedoch keine Missverständnisse aufkommen: »Aber egal. Ein Monat laufen: Beine schmerzen. Im Heim sitzen: Kopfschmerzen.«

Spätestens als der Zug mit über 100 Menschen das neue Camp auf dem Oranienplatz in Kreuzberg erreicht, kennt die Euphorie keine Grenzen mehr. Bekannte und Freunde vom Berliner Camp stürmen dem Marsch entgegen, Umarmungen werden ausgetauscht, Schultern geklopft. Auf einer Parkbank veranstalten die eben Angekommenen spontan eine Art gutgelaunter Pressekonferenz. Abwechselnd lässt man die internationale und die antinationale Solidarität hochleben, schwenkt rote Fahnen mit dem Emblem des Marsches, die Parole »No border, no nation, no deportation« darf auch nicht fehlen.

Es war tatsächlich eine »Latschdemo«, mit der es selbst Mahatma Gandhis Salzmarsch nicht aufnehmen kann, denn der dauerte nur 24 Tage und ging über 385 Kilometer. Die Aktion diente dabei zwei Zwecken. Die Flüchtlinge demonstrierten gegen ihre miserablen Lebensbedingungen und nahmen sich das, was ihnen in den vergangenen Monaten und Jahren vor allem fehlte: Bewegungsfreiheit. »Wir wollen nicht unser Recht ändern, sondern wir wollen unser Recht schaffen. Wir wollen unser Leben selbst gestalten«, wird auf der Parkbank unter stürmischem Beifall proklamiert. Das Ende der Residenzpflicht, das Ende des Lagersystems und ein Stopp der Abschiebungen sind die wichtigsten Forderungen der Flüchtlinge.

Das blau-weiße Zelt, in dem die Asylsuchenden auf ihrem Marsch oft übernachtet haben, ist jetzt auf dem Oranienplatz nur noch eines unter fast einem Dutzend großer Zelte. Manche sind mit Holzpaletten und Matratzen ausgelegt, andere dienen als Lager oder Volksküche, eines als eine Art Sofaecke. Auch einen Toilettenwagen gibt es. In den nächsten Tagen und bis zur großen Demonstration tags darauf werden weitere Flüchtlinge aus dem ganzen Bundesgebiet erwartet, um sich dem Protest anzuschließen. »Wir haben Schlafmöglichkeiten für bis zu 200 Flüchtlinge hier. Wenn es mehr werden sollten, können wir noch 70 am Heinrichplatz unterbringen«, sagt Hatef Soltani, der schon im Februar nach dem Suizid von Mohammad Rahsepar in Würzburg demonstrierte und seit Anfang August das Berliner Camp mitorganisiert. Acht Wochen lang können die Demonstranten mit dem Einverständnis des Kreuzberger Bezirksamtes rechnen. So lange seien sie nach einer Absprache zwischen Bürgermeister Franz Schulz (Die Grünen) und dem Fachbereich Grünflächen auf dem Oranienplatz geduldet, berichtet Karl-Heinz Bergt vom Kreisvorstand der Grünen.

Der erste Tag am Oranienplatz ist bereits ein Erfolg. Mehrere Hundert Menschen kommen am Samstag, um sich zu informieren, um an dem langen Tisch gegen eine Spende zu essen oder um am Abend Konzerte im Veranstaltungszelt zu hören. Nach Angaben der Helfer am Infostand gehen ständig Geld- und Sachspenden ein, außerdem würden von Wohnprojekten in der Nachbarschaft viele Dusch- und Wohnmöglichkeiten angeboten.

Marsch durch die Provinz

Wenige Tage zuvor sind die Flüchtlinge noch in der sachsen-anhaltinischen Provinz unterwegs gewesen. In Wittenberg, vor dem Turm der Kirche, an deren Tür Luther seine Thesen geschlagen haben soll, breiten die Flüchtlinge Transparente aus: »Break Isolation«, »Kein Mensch ist illegal«, »Für die Schließung der Isolationslager in Thüringen« und »Ein menschenwürdiges Leben für alle« steht darauf.

Vor diesen Plakaten halten einige aus der Gruppe nun eine Pressekonferenz ab. »Wir brauchen jetzt neue Regelungen, das ist unser Grundrecht«, fordert der aus Benin geflüchtete Wittenberger Aktivist Salomon Wantchoucou, »Schließung aller Lager, Ende der Residenzpflicht und Abschiebestopp.« Er wird sich an diesem Tag dem Marsch nach Berlin anschließen. Mit durchdringender Stimme stellt er klar: »Wir werden nicht zurück in die Lager gehen. Wir haben keine Angst vor niemandem. Wir Flüchtlinge sind stark.«

Am linken Rand der vielköpfigen Sprechergruppe steht auch Oumaroü Hamani vor den Presssevertretern. Der gebürtige Nigerer muss seit nunmehr zehn Jahren in einer Asylunterkunft im nahe Wittenberg gelegenen Bitterfeld wohnen. Für die Demonstration ist er mit dem Zug angereist. Er hat das gleiche Schicksal wie so viele andere Asylbewerber: Er darf nicht arbeiten, seinen Landkreis nicht verlassen, muss sich von Essenspaketen ernähren und mit wenig Bargeld auskommen.

Im vergangenen Jahr, erzählt er später, sei er wegen Verletzung der Residenzpflicht zu einer Geldstrafe von 800 Euro verurteilt worden. 35 Euro stottere er seitdem jeden Monat ab. Eine kleine Hoffnung ist für ihn der gegenwärtige Protest. Er könne sich dem Marsch zwar nicht sofort anschließen, wolle aber in einigen Tagen nach Berlin kommen.

An der anschließenden Demonstration in Wittenberg nehmen rund 100 weitere Personen teil. Zwar schließen sich auch einige interessierte Bürger an, insgesamt halten aber die meisten Passanten Abstand. Viele sind gerade auf dem Weg zum gut besuchten Töpfermarkt auf dem Marktplatz. Zwei Gäste an den Restauranttischen der »Alten Canzley« beobachten das Geschehen mit versteinerten Mienen. 150 Meter weiter hört man von den Biertischen einer Kneipe ein empörtes »Was die alles wollen!« und eine Passantin stößt ein entsetztes »Hilfe« aus, ohne sich auf Nachfrage weiter dazu zu äußern.

Am Abend treffen sich die Demonstranten im soziokulturellen Zentrum »Pferdestall«. Einige Flüchtlinge kommen von einem Ausflug zum Asylbewerberheim Möhlau zurück. Der 30jährige Hassan Osman Jeger, der fast ein Jahr in einem Nürnberger Flüchtlingsheim verbrachte, ist von den Zuständen dort bestürzt. »Alles kaputt bei denen, alles kaputt«, erzählt er. Er meint die Psyche zweier kurdischer Männer, die seit 15 Jahren diese Geisterstadt, eine ehemalige sowjetische Kaserne im Wald, bewohnen. Im Vergleich zu Möhlau sei die Würzburger Gemeinschaftsunterkunft paradiesisch, sagt ein iranischer Flüchtling sarkastisch. »Aber warum?« fragt Jeger fassungslos: »Alles kaputt! Sind wir keine Menschen?« Der Abend ist für ihn gelaufen.

Nicht im Urlaub

Am nächsten Tag marschiert die Gruppe ab zehn Uhr morgens, aufgereiht am Seitenstreifen, eine Landstraße entlang. Unter einem spätsommerlichen Himmel ohne Wölkchen passieren sie Alleen, Kieferwälder, die fast menschenleeren Dörfer Dobien, Nudersdorf und Straach, kommen an längst verlassenen Dorfdiskotheken vorbei und an NPD-Plakaten mit der Aufschrift »Heimreise statt Einreise«, die an vielen Laternenmasten hängen.

Beim Wandern scheint der deprimierende Anlass für den Protest einige Stunden lang in den Hintergrund zu

rücken. Kein Plenum, keine Protestplanung steht an. Es wird gescherzt und gelacht. Ali Reza Mirzai benutzt einen kleinen Holzstock als Mikrophonsimulation und stellt die typischen Journalistenfragen: »Woher kommen Sie? Und wie lange sind Sie schon beim Marsch dabei?« Danach erzählt Mirzai über sich selbst. Seit der Marsch begonnen hat, habe er sich ein wenig erholt: »Es ist gut, mit der Gruppe zu laufen und neue Freunde zu finden.« Doch die mehr als zwei Jahre, die er vorher arbeitslos und residenzpflichtig in Schweinfurt verbringen musste, die psychischen Probleme, die Schikanen durch die Behörden, die Selbstmordgedanken, die er hatte, all das könne durch den Protestmarsch nicht wettgemacht werden.

Zwei Jahre lang hat der 22jährige, der aus dem Iran floh, in Schweinfurt versucht, Arbeit zu finden. 50 Bewerbungen hat er abgeschickt, Dutzende Vorstellungsgespräche geführt. Er wollte arbeiten, »als Küchenhilfe, irgendwas«. Oft hätte man ihn gerne eingestellt. Doch dann musste er manchmal fünf oder sechs Wochen warten, bis die Antwort vom Amt kam: »Die Agentur für Arbeit hat dieser Beschäftigung nicht zugestimmt«, stand dann in den Briefen. Denn eine Arbeitserlaubnis hat er nicht.

Mirzai sagt, dass er den gegenwärtigen Protest als vielleicht letzte Chance sieht: »Ich werde protestieren, bis die Gesetze sich ändern. Ich bin nicht im Urlaub hier.« Konkret heißt das: »Sie sollen die Residenzpflicht abschaffen und ich will arbeiten dürfen. So wie vorher will ich nicht mehr leben. Da wird man kaputt im Kopf.«

Die Gruppe ist nach fünf Stunden auf der Straße beinahe am Etappenziel, dem Dorf Klein Marzehns, angekommen. Ohne es zu bemerken, haben die Flüchtlinge die Landesgrenze nach Brandenburg überschritten. Doch kurz vor dem Dorf Groß Marzehns hält ein Polizeiauto, zwei Polizisten steigen aus. Sie weisen die Gruppe auf das Überschreiten der Grenze hin und wollen einen Verantwortlichen sprechen. »Sind Sie hier sozusagen der Manager des Ganzen?« fragt ein Beamter einen der Flüchtlinge. Im Chor antwortet die Gruppe, die um den Polizisten herum steht: »Gibt keinen!« »Wer hat denn das alles organisiert?« will er dann wissen. »Wir alle!« rufen die Umstehenden vergnügt. »Na, das ist ja ein Ding«, murmelt der Polizist ratlos, ehe er am Ende immerhin eine Kontakt-Telefonnummer erhält.

Protest in Eigenregie

Auch ohne Manager legte der Marsch die 600 Kilometer ohne größere Zwischenfälle und überraschend pünktlich zurück. Unterstützer und Flüchtlinge hielten mindestens einmal pro Tag ein Plenum ab, in dem vom Kochen über den Zeltaufbau bis zur nächtlichen Wache alle Aufgaben verteilt wurden. Und auch die Planung der Tour selbst, die innerhalb weniger Wochen gelang, lief weitgehend dezentral ab: Zunächst fuhren zwei Flüchtlinge die Strecke mit Fahrrädern ab, um eine geeignete Marschroute zu finden. Diese wurde dann in 20 bis 25 Kilometer große Abschnitte unterteilt und an Freunde, Unterstützer und Aktivisten weitergeleitet, die an Ort und Stelle Unterkünfte suchen sollten. In Wittenberg landete man im CVJM-Haus der Stadt, in Klein Marzehns stellte der örtliche Reit- und Fahrverein einen Sportplatz zur Verfügung.

Jetzt in Berlin kommen aber neue Herausforderungen auf die Flüchtlinge zu. Der Busprotest, der im Westen Deutschlands für die Aktion in Berlin mobilisierte, die Fußgruppe und das bereits bestehende Berliner Camp müssen ihre Vorstellungen miteinander abgleichen. Gelingt es, weiterhin mit einer Stimme zu sprechen? Kann der Druck auf Öffentlichkeit und Politik aufrechterhalten werden? Und kann der selbstorganisierte Protest die verschiedenen Vereinnahmungsversuche abwehren?

Letzteres hofft Mbolo Yufanyi von der Flüchtlingsorganisation The Voice, der sich schon seit 13 Jahren gegen die Residenzpflicht und andere rassistische Sondergesetze einsetzt. Bereits im Mai 2001 war er dabei, als seine Organisation bundesweit zu einer ähnlichen Veranstaltung wie der jetzigen aufrief: Flüchtlinge sollten offensiv die Residenzpflicht verletzen, nach Berlin kommen und an einer großen Demonstration gegen das Gesetz an der Straße Unter den Linden teilnehmen. Rund 3 000 Menschen liefen damals mit. Neben den Grünen und Pax Christi riefen 250 Gruppen zu dieser Demo auf, an die sich heute jedoch kaum ein Protestteilnehmer mehr erinnert.

Veteran Yufani, der am Sonntag das Protestcamp in Berlin besuchte, freut sich über den offenen zivilen Ungehorsam der Flüchtlinge. Dass der Protestmarsch, an dem seine Organisation The Voice nur als Unterstützer teilnimmt, ohne polizeiliche Störungen bis nach Berlin gekommen ist, sei »schon ein Erfolg für sich, ein erster starker Schritt«. Es zeige sich: »Wenn die Flüchtlinge gemeinsam handeln, passiert ihnen nichts. Wenn ein Gesetz wie die Residenzpflicht nicht respektiert wird, dann ist es nichtig.«

Die größte Stärke des gegenwärtigen Protestes, sagt Yufani, sei aber, dass er von den Flüchtlingen selbst ausgehe: »Die Flüchtlinge haben dieses Mal keine linken Gruppen gefragt, ob sie nach Berlin kommen dürfen, das ist ein positiver Punkt. Es ist dieses Mal offensichtlich mehr Selbstorganisation vorhanden als bei den vergangenen Protesten.«

geklaut bei: jungle world nr.41/12

Demo gegen das rassistische Gutscheinsystem

Für die Abschaffung des Gutscheinsystems und gegen jegliche rassistischen Sondergesetze

1. Dezember – 12h Hannover

Achtet auf weitere Ankündigungen – aus Oldenburg wollen wir entweder mit dem Zug oder auch mit einem Bus gemeinsam anreisen.

November

Fr.	2.11.	20:00	Eine queer*feministische Nacht
Sa.	3.11.	22:00	LesBiSchwule Helloween-Party
Di.	6.11.	20:00	Film: Gekaufte Wahrheit
Fr.	9.11.	21:00	Wagenburg-Soli-Party
Sa.	10.11.	23:00	Mash Up Di Place
Fr.	16.11.	22:00	Fat Hoschi: Konzert
Sa.	17.11.	22:00	MÄNNERfabrik
Mi.	21.11.	19:00	Buchvorstellung: „Frühschicht“
Fr.	23.11.	19:00	Lesung: „Darum Feminismus!“
Fr.	23.11.	23:00	Grufti-Party
Sa.	24.11.	23:00	Rosa Disco
Fr.	30.11.	21:00	Death Metal Konzert

Dezember

Sa.	1.12.	22:00	Homophilias
Fr.	7.12.	22:00	Mash Up Di Place
Fr.	14.12.	21:00	Fat Hoschi: Konzert
Sa.	15.12.	22:00	MÄNNERfabrik
Fr.	21.12.	23:00	Goa-Party
So.	23.12.	20:00	Crush Hour Weihnachtskonzert
Fr.	28.12.	21:00	Konzert: Mono für alle
Sa.	29.12.	23:00	Rosa Disco

wöchentlich

Mo.	20:30	Antifa-Café
Mi.	20:00	Theatergruppe
Do.	18:00	Action Samba Band, RoR
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenTrans-Kneipe
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum

Infoladen roter Strumpf

Mo.	17 - 19 Uhr
Di.	16 - 19 Uhr
Do.	18 - 21 Uhr
Fr.	16 - 19 Uhr